

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

<i>Willy-August Linnemann</i> Wir müssen vor uns selbst und anderen bestehen können	54
<i>Ernst Siegfried Hansen</i> Im Spannungsfeld zwischen Ostsee und Nordkap	59
<i>Jochen Steffen</i> Jugend in der zweiten industriellen Revolution	71
<i>Jan E. Janssen</i> APO diesseits und jenseits der Grenze	75
<i>Erwin Lingk</i> Im Dialog mit der „unruhigen Jugend“	80
<i>Gerhard Ernst</i> Dänisch-südschleswigsche Jugend opponiert gegen traditionelle nationale Auffassungen	83
<i>Siegfried Christiansen</i> Gedanken eines jungen Nordschleswiger über die Aufgabe der deutschen Volksgruppe	85
<i>Heinrich Wecken</i> Die Jungen und die Alten und die Zukunft	90

Umschau ab Seite 100

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

WIR MÜSSEN VOR UNS SELBST UND ANDEREN BESTEHEN KÖNNEN

Alexander und Fjodor hießen zwei meiner ersten Freunde. Zusammen mit anderen gefangenen russischen Soldaten waren sie während des ersten Weltkrieges nach Nordschleswig transportiert worden. Die Kriegsgefangenen sollten den Bauern in der Landwirtschaft helfen, nachdem zu viele der eingesessenen jungen Knechte kriegsverpflichtet worden waren.

Auch ich befand mich damals weit fort von zu Hause, fast ebenso weit wie Alexander und Fjodor, die aus der Gegend um St. Petersburg und Moskau kamen, jedenfalls empfand ich es so, da ich nur drei Jahre alt war. Meine Mutter hatte mich bei ihrer Schwester in der Gemeinde Osterlügum untergebracht, um mir eine bessere Ernährung bieten zu können als es daheim in Harrisleefeld möglich war. Es waren keine anderen Kinder auf dem Hof. Es waren dort die Erwachsenen, es waren dort die Tiere und der Hund Alli und ich. Und Alli und ich schlossen uns instinktiv, außer an meine Tante, am meisten Fjodor und Alexander an und folgten ihnen den ganzen Tag lang bei der Feldarbeit, bis sie abends wieder vom Ortsgendarm eingeschlossen wurden.

Obwohl Fjodor und Alexander es in jeder Weise besser hatten als die Kriegsgefangenen, die Tag und Nacht in den Gefangenenlagern eingesperrt waren, sehnten sie sich trotzdem nach Hause. Aus eigener Erfahrung wußte ich schon, was Sehnsucht bedeutet, und nun spürte ich, wie innig und heftig erwachsene Menschen sich sehnen können, wenn sie sich unfreiwillig weit entfernt von zu Hause aufhalten müssen. Aber Fjodor und Alexander lehrten mich vor allem, daß Leute verschieden sind, in ihrer Wesensart und in ihrer Sprache. Ich kannte vorher schon Plattdänisch und Plattdeutsch, Hochdeutsch und Reichsdänisch, und nun lernte ich auch die russische Sprache und die russischen

Lieder lieben.

Später, als ich etwas älter wurde, lernte ich durch meine Familie einige Polen kennen. Die Polen arbeiteten in den Ziegeleien bei Apenrade und entlang der Flensburger Förde, und von ihnen lernte ich vor allem, daß die Polen anders sind als die Nordschleswiger und daß es so für beide Teile am besten ist; das heißt mit anderen Worten, daß es so am spannendsten ist.

In Flensburg gab es in meiner Kindheit ein ganzes Zigeunerviertel, das zur unauslöschlichen Schande der Stadt von den Nazis ausgerottet wurde. Aber die Zigeuner lehrten mich beizeiten, daß sie sich von den übrigen Flensburgern unterschieden. Niemand hat daher meine Phantasie so angeregt und meine Sehnsucht auch nach anderen Orten geweckt wie die Zigeuner.

Mein Vater war während des ersten Weltkrieges als Artillerist und bulgarischer Dolmetscher an der Ostfront. Er mußte einige Monate nach meiner Geburt fort und erst in der Weihnacht 1918 kehrte er heim. Seitdem sprach er nur ungern über die Kriegsjahre. Aber wenn er dazu aufgelegt war, mochte er gern von seiner glücklichen Jugend vor dem Krieg, als er Lehrer im Ziegeleibetrieb- und Ziegeleiofenbau überall in den Balkanländern war, erzählen. Da mochte er gern von seinen Erlebnissen bei den Montenegrinern, den Serben und Kroaten, den Bulgaren und Makedoniern, den Rumänen, Ungarn, Slowaken und Tschechen erzählen. Damals begriff ich ihn nicht ganz, muß ich jetzt gestehen, und erst recht nicht, wenn er behauptete, daß es auch zahlreiche andere interessante Völker gäbe. War nicht Flensburg die spannendste Stadt der Welt, eine Stadt, wo man mehrere Sprachen sprach, wo mehrere Nationalitäten lebten, wo es einen Unterschied zwischen oben und unten, zwischen der Schiffsbrücke und der Förde, den Straßen und Wäldern und Feldern um die Stadt gab? Erst als ich ein halberwachsener Bursche geworden war und selber daran dachte, Europa zu durchstreifen, begann ich ihn ein wenig zu verstehen.

Die Familie meines Vaters stammt in grauer Vorzeit von einem Hof in Vendsyssel, wie mir gesagt worden ist. Ein früher Vorfahre verbrachte sein Erbeil und zog gen Süden, seiner Lust am Abenteuer folgend. Durch mehrere Generationen hat sich die Familie später mit Ziegeleibetrieb beschäftigt und ist infolgedessen viel herumgekommen und hat vielfach Land und Leute kennengelernt. Sowohl auf Grund meiner Herkunft als auch meiner Erziehung ist es mir daher lieb, daß nicht alle und alles gleich sind. Im Gegenteil mag ich gern, daß sich die Erde vom Meer unterscheidet, daß die Ebene sich von den Bergen, die Felsen vom Himmel unterscheiden. Ich mag die Verschiedenheit der Sprachen und der vielen Lieder. Ich liebe die Unterschiede der Völker, ihrer Gedanken und Träume, ihrer Sitten und Trachten. Von Kind an hat daher das Gleichgeschaltete mich gelangweilt; die Mannigfaltigkeit fesselt mich, besonders nachdem ich den Balkan und die Mittelmeerländer durchstreift habe.

Daß diese meine Einstellung nicht nur privater Art ist, sondern in voller Übereinstimmung mit dem Willen unseres Herrgotts, also mit der Ordnung der Natur, davon haben mich eigenes Denken und eigene Erfahrung sowie die Forschung anderer überzeugt. Ich stelle es mir so vor, daß Gott von Anfang an den Begriff Zeit in das Dasein eingeführt hat, um sich selbst zu zerstreuen und die Ewigkeit zu verbringen.

Nachdem die Zeit eingeführt war, mußte notwendigerweise auch die Verwandlung aller Dinge — nicht nur die Entwicklung, wie gewisse populärwissenschaftliche Doktoren behaupten wollen, eingeführt werden. In meinen Augen erscheint die Entwicklungstheorie zu primitiv, sie ist mir ein Ergebnis der westlichen Philosophie. Das Leben soll ja seiner Bestimmung nach von Ewigkeit zu Ewigkeit gelebt werden, und es wird daher keine Art Begrenzung dulden können, es wird sich nicht nur in den von der okzidentalen Philosophie festgelegten Bahnen entwickeln, sondern sich ungebunden nach allen Richtungen entfalten. Daß das Leben sich auf einer eingleisigen Bahn wie entlang einer endlosen Autobahn bewegen sollte, erscheint mir ziemlich schmalspurig gedacht, und deshalb möchte ich mir erlauben, die Entwicklungstheorie durch ein Gesetz der Verwandlung zu ersetzen.

Ich stelle mir vor, daß das Leben sich nach allen Weltrichtungen entfaltet, d. h. daß es rund um die ganze Erdkugel rollt. Tatsache ist ja auch, daß das Leben sich im Laufe der Zeit immer mehr differenziert. Nichts verschwindet; wohin sollte es übrigens verschwinden? Nicht einmal der Weltraum hat sich als leer erwiesen; alles verwandelt sich nur. Aber nachdem der Zeit- und damit der Schöpfungsprozeß in Gang gesetzt worden ist, sind immer mehr Unterschiede entstanden, und es werden unaufhörlich immer mehr entstehen. Lassen Sie mich hier nur ein einzelnes Beispiel erwähnen, um zu illustrieren, was ich meine.

Je mehr Menschen auf dem Erdball geboren werden, um so mehr Völker und Sprachen werden entstehen. Die Tatsache, daß einige anscheinend zugrundegehen, bedeutet nicht, daß sie verschwinden, sondern daß sie verwandelt werden, in neue Zusammensetzungen, neue Variationen eingehen. Der Versuch, künstlich internationale Menschen zu schaffen oder Weltsprachen — wie Esperanto — zu konstruieren, trägt nur zur Vermehrung der Völker und der Anzahl der Sprachen bei. Nicht einmal die Dialekte verschwinden, sie verändern sich nur. Amerikanisch z. B. wird immer selbständiger und unterscheidet sich stark vom Englischen. Das gleiche gilt für das Mexikanische im Verhältnis zum Spanischen. Einmal werden zweifelsohne das Amerikanische und das Mexikanische neue Sprachen hervor- rufen. Alles wird differenziert, auch die Sprachen, alles verwandelt sich. Alles endet daher im Paradoxen und damit im

Mysterium, weil nicht einmal das Gesetz der Verwandlung infolge seiner Natur ewig konstant sein kann.

Ich kann es deshalb auch nicht glauben, daß die vielen Bevölkerungen der USA zu einem gleichartigen Brei verkochen werden. Solange die Sonne scheint, wird ein Unterschied zwischen weiß und rot, schwarz, gelb und braun bestehen, es werden vielmehr unzählige neue Zwischentöne entstehen; nur für den Farbenblinden wird alles grau aussehen. Das Klima und die Geographie, die Lichtverhältnisse und der Erdboden, äußere und innere Einflüsse werden immer dazu beitragen, daß die Unterschiede niemals verwischt, sondern immer mehr vertieft werden, und daß aus den vielen Völkern der USA viele Nationen entstehen, die innerhalb desselben Staatenverbandes leben. Ob die USA es auf die Dauer schaffen werden zusammenzuhalten oder ob es gehen wird wie mit dem Römischen Reich oder dem Britischen Reich, ja, das wird sich zeigen.

Etwas ähnliches wird man von der Sowjetunion und von anderen Unionen sagen können. Selbst eineiige Zwillinge werden mit der Zeit verschwinden, weil sie niemals genau den gleichen Einflüssen ausgesetzt werden können. Wie muß es dann erst ganzen Bevölkerungen ergehen, selbst wenn sie dem gleichen Regime unterworfen sind und derselben Staatsidee huldigen.

Europa ist ganz wie die anderen Erdteile stark differenziert. Hier leben viele Völker, hier gibt es viele Staaten und viele Grenzen, hier gibt es vielartige Einteilungen. Ein vereintes Europa wird absolut nicht dies Charakteristische verwischen, sondern im Gegenteil unserem Teil der Welt eine neue Facette hinzufügen.

Auch aus diesem Grunde bin ich ein Anhänger eines vereinten Europas, oder wenn man will: der vereinten Staaten Europas, oder wenn man es vorzieht: der vereinten Staaten und Völker Europas — also nicht nur der westlichen, sondern auch der östlichen und nördlichen. Meines Erachtens wäre dies in Übereinstimmung mit dem Gesetz der Verwandlung, mit der Ordnung der Natur. Der Mannigfaltigkeit Europas wird eine neue Pracht hinzugefügt werden. Europa wird für alle, die hier leben dürfen, interessanter werden.

Aber ein vereintes Europa wird genau wie eine Vereinigung aller Erdteile nur mit der Ordnung der Natur übereinstimmen, wenn die einzelnen Völker ihre Eigenart innerhalb der Union bewahren. Konformismus wird Krankheit bedeuten und wird nur dann natürlich sein, wenn er zur Schaffung neuer Arten beiträgt. Meistens wird der Versuch der Gleichschaltung eine Mißbildung, ein Krebsgeschwür hervorrufen. Aber jedes Individuum, wie auch jedes Volk, wird sich nur in Harmonie mit seiner Bestimmung befinden, wenn es die besten seiner Eigenschaften entfaltet. Die Natur wünscht sich ja Wärme und Pracht, das wird überall deutlich. Die Natur wünscht sich Größe sowohl im Mikrokosmos wie im

Makrokosmos. Das Langweilige, das Triste, das Schlechte sind die Schlacken aus der Werkstatt der Natur. Aber jedes Individuum sowie jede Familie und jedes Volk entfalten die besten ihrer Eigenschaften, wo eine Konfrontation mit anderen Individuen, anderen Familien, anderen Völkern stattfindet. Allerdings auch die schlechtesten. Aber hier will ich nur auf die Absicht der Natur, nicht auf ihren Abfall, eingehen und somit nur von den besten der menschlichen Eigenschaften sprechen.

Zwei Völker, die miteinander konfrontiert werden, können einander herabwürdigen, aber sie können sich auch gegenseitig kulturell anspornen, und letzteres muß zweifelsohne die Absicht sein.

Die Völker können jedes für sich große Aufgaben lösen, größere als die Familien und die Individuen, dafür gibt es in der Geschichte zahlreiche Beispiele. Die Völker können in Zusammenarbeit logischerweise viel größere Aufgaben lösen, als wenn sie sie einzeln ausführen, aber dafür gibt es in der Geschichte nur wenige Beispiele, weil die Zusammenarbeit vor allem von der Kenntnis und dem Respekt vor der Eigenart der anderen bedingt ist, und an diesem letzteren hat es bisher gefehlt.

Aber Zusammenarbeit und das gegenseitige Sichkennenlernen und Sichrespektieren sind niemals etwas Einseitiges, sondern immer etwas Gegenseitiges, was selbstverständlich ist.

Wenn man das Mißverhältnis zwischen den Minisummen, die von den Völkern zum gegenseitigen Kennenlernen und zur gegenseitigen Hilfe angewandt werden, und den Riesensummen, die zur gegenseitigen Vernichtung ausgegeben werden, bedenkt, erschrickt man.

Wenn wir dänischerseits die Zusammenarbeit mit anderen Völkern wünschen, gilt es daher nicht, die inneren Verhältnisse der anderen aus reiner Unwissenheit zu kritisieren, sondern vielmehr die anderen gründlich kennenzulernen und anzuerkennen, daß sie anders sind als wir. Außerdem gilt es, die anderen darüber aufzuklären, wer wir selber sind, über die dänische Eigenart, was wir sind, wie wir sind, warum wir so sind, und was wir leisten.

Aufklärungsarbeit über Dänemark im Ausland ist deshalb auch notwendig, und wir sind selbst die nächsten, sie auszuführen. Unter allen Umständen gilt es so zu handeln, daß wir vor uns selbst und anderen bestehen können.

Übersetzt aus dem Dänischen von Dora Johannsen

Im Spannungsfeld zwischen Ostsee und Nordkap

Vortrag in der Mitgliederversammlung 1969 des Grenzfriedensbundes

Hans Peter Johannsen: Zunächst einmal, was die politischen Verhältnisse in den nördlichen Breiten angeht, möchte ich sagen: Das, was Sie, Herr Hansen, davon nicht wissen, ist zu wissen nicht wert. Ich habe das Gefühl, daß die große deutsche Presse sich verhältnismäßig wenig mit Skandinavien befaßt, in der, wie ich glaube, irrümlichen Meinung, daß Skandinavien im Geschehen der Gegenwart so eine Art Nebenschauplatz ist. Wenn wir uns hier aus der Nähe für Skandinavien besonders interessieren, so geschieht das durchaus nicht nur aus einer gefühlsmäßigen Neigung zum Norden, sondern aus einem echten deutschen Interesse. Daß Sie als geborener Nordschleswiger, als deutscher Chefredakteur in Kopenhagen uns die Sachlage schildern wollen, dafür danken wir. Wir wissen, daß es aus Kenntnis und auch aus einer besonderen Liebe zur Sache und zu beiden Völkern, die hier in erster Linie die Interessierten sind, den Deutschen und den Dänen, geschieht.

*

Ernst Siegfried Hansen: In der bald vierhundertjährigen deutschen St.-Petri-Kirche im Zentrum Kopenhagens wird manchmal ein Gottesdienst der Balten abgehalten. Sie kommen nicht in diese alte deutsche Kirche, weil es eine deutsche Kirche ist, sondern weil der Name des alten Gotteshauses sie erinnert an ihre eigene Kirche zu Hause. Die Ostsee war umrandet von einer ganzen Reihe St.-Petri-Kirchen. Für die Balten sind sie das Symbol für ein Ostseegebiet in innerer Harmonie, in kultureller Verbindung miteinander, das es heute nicht mehr gibt; denn die Situation im Ostseegebiet, das wissen Sie alle, hat sich grundlegend geändert. Das russische Volk, das ursprünglich überhaupt keinen Zugang zur Ostsee hatte, sondern erst durch Peter den Großen auf Pfählen eine Stadt im Innern des Finnischen Meerbusens errichten ließ, hat allmählich auf breiter Front den Zugang zur Ostsee gefunden. Das besondere Trauerspiel für uns Deutsche ist, daß der Ausgangspunkt dafür der Stalin-Ribbentrop-Pakt war, der der Sowjetunion die Möglichkeit gab, von den baltischen Ländern Militärstützpunkte zu fordern, als Anfang der Entwicklung, die dazu geführt hat, daß die Sowjetunion heute die ganze baltische Küste beherrscht, daß sie darüber hinaus nach Abschluß des zweiten Weltkrieges im Gebiet von Königsberg im nordöstlichen Ostpreußen eine militärische Konzentration hat vornehmen können. Die Tragödie, die die baltischen Völker betroffen hat, ist ja im Ostseegebiet eine lebendige Wirklichkeit. In Schweden allein leben heute noch 30 000 baltische Flüchtlinge. Die Sowjetunion stellte zum selben Zeitpunkt die Forderung nach militärischen Stützpunkten auch an Finnland, und wir erinnern uns ja alle bewegt, daß das finnische Volk es wagte, die Forderung abzulehnen, den finnisch-sowjetischen Winterkrieg in Kauf nahm und monatelang vermochte, die riesige Macht der Sowjetunion zurückzuhalten,

wenn Finnland auch zuletzt gezwungen war, der Übermacht zu weichen und später dann in Fortsetzung des Winterkrieges auf deutscher Seite am zweiten Weltkrieg teilnahm, mit tragischen Ergebnissen. Auch hier hat die Sowjetunion ihre Machtposition an der Ostsee erweitert durch die Inkorporation der Karelischen Landenge, so daß wir heute, rein militärisch betrachtet, ein sowjetisches Übergewicht im Ostseegebiet haben, das von Deutschland oder Dänemark, den beiden NATO-Ländern an der Ostsee, nicht im entferntesten aufgewogen werden könnte.

Verschobene Perspektiven

Es genügt darum nicht, wenn wir in traditioneller Weise das Ostseegebiet isoliert betrachten wollten. Wir neigen sehr stark dazu, von unserem Schulunterricht her, das Ostseegebiet als etwas Isoliertes zu sehen, als einen Raum in sich, in dem sich Geschichte abspielt, wie es ja auch tatsächlich jahrhundertlang gewesen ist. Sieht man sich deutsche Schulatlanten an, vielleicht auch die Atlanten anderer Länder, so zeigen die Europakarten unten gerade noch ein Stück von Nordafrika, und oben wird Skandinavien abgeschnitten, etwa 50 km nördlich von Bergen, so daß Stockholm und Helsinki gerade noch darauf sind, aber alles andere befindet sich nicht mehr auf der Karte, das verschwindet offenbar in den germanischen Nebeln, da oben irgendwo, wo Thor noch mit seinem Wagen und seinem Hammer und Blitz über den Himmel fährt. Selbst wenn man den historischen Putzger-Atlas nimmt, so stellt man fest, daß es nur drei Karten gibt, auf denen etwas von dem zu sehen ist, was sich nördlich dieser Linie befindet, zum Beispiel eine Karte über die Wikingerzeit und eine Karte vom zweiten Weltkrieg. Aber sogar eine Karte der Großmachtstellung Schwedens im 16. und 17. Jahrhundert schließt ab auf der Linie nördlich von Bergen, Stockholm und Helsinki. Wir haben, weil wir die Welt nicht dauernd auf dem Globus betrachten, eine falsche Vorstellung von den wirklichen Größenverhältnissen. Tatsache ist, daß Norwegen, Schweden und Finnland, jedes Land für sich genommen, arealmäßig weit größer sind als die Bundesrepublik, daß die vier skandinavischen Länder zusammen 1 154 000 qkm umfassen, fast fünfmal so viel wie die Bundesrepublik und die DDR zusammengenommen — bei einer Bevölkerungszahl von nur insgesamt 20,9 Mio. gegen 76 bis 77 Mio. Dreht man die skandinavische Halbinsel um die eigene Achse, so reicht sie bis Sizilien, und wir pflegen zu sagen, daß der nördlichste norwegische Soldat in Finnmarken weiter von Oslo entfernt ist als der Schweizer Gardist vor dem Tor des Papstpalastes in Rom. Das sind enorme Entfernungen, und sie führen zu stark verschobenen Perspektiven, die wir uns nur selten klarmachen.

Gleichzeitig ist ja dieses enorme Gebiet außerordentlich dünn besiedelt und von allen Seiten leicht anzugreifen. Dabei können wir auch rein militärstrategisch nicht

einfach beiseitelassen, daß sich — beginnend schon im ersten Weltkrieg — insofern eine Wandlung vollzogen hat, als es dem kaiserlichen Rußland und nachher der Sowjetunion gelungen ist, eine Verbindung zu schaffen zwischen dem Ostseegebiet und dem Gebiet der Kolahalbinsel und Murmansk, dem einzigen Hafen der Sowjetunion, der durch den Golfstrom das ganze Jahr eisfrei ist. Im ersten Weltkrieg mußten deutsche Kriegsgefangene die Murmanskbahn bauen, von der die Finnen sagen, unter jeder Schwelle liege ein toter Deutscher. Später ist hinzugekommen mit ungezählten Opfern der stalinschen Strafgefangenen der Weißmerkanal, der Leningrad mit den eisfreien Gewässern verbindet. Ein Kanal, der immerhin tief genug ist und eine solche Kapazität hat, daß Kriegsmarine-Einheiten bis zur Größe von Zerstörern von der Ostsee in den Nordatlantik verschoben werden können, ohne die Ostseeausgänge und -eingänge zu berühren.

Warum keine Verteidigungsunion?

Wenn wir uns diesen Gesamttraum betrachten, so müssen wir als Ausgangspunkt die Zeit unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg nehmen und fragen: Wie wurde dieser Gesamttraum neu organisiert und welchen Weg gingen die nordischen Länder seit dieser Zeit? Viele sind geneigt zu glauben, daß z. B. ein Land wie Dänemark aus der Besetzung am 9. April 1940 die einleuchtende Folgerung gezogen hat: Nie wieder ein 9. April, nie wieder die alte unbewaffnete Neutralitätspolitik. Jedoch ersehen wir aus den dokumentarischen Veröffentlichungen der neuesten Zeit, daß Dänemark sich nach dem zweiten Weltkrieg zunächst auf eine Wiederaufnahme der traditionellen Neutralitätspolitik der Vorkriegszeit einstellte. Aber das reichte nur bis zu dem Ereignis, das in Dänemark die Osterkrise von 1948 genannt wird, also bis zu dem Zeitpunkt, da der schöne Traum von der Koexistenz von West und Ost zerbrach und allmählich in den Kalten Krieg überging. Die damaligen Ereignisse in der Tschechoslowakei, die Krisen um Berlin, die sowjetrussischen Forderungen gegenüber Finnland führten in den skandinavischen Ländern zu der immer drängender werdenden Frage: Wie organisieren wir uns in der Zukunft politisch und verteidigungsmäßig? Die drei nordischen Länder Schweden, Dänemark und Norwegen untersuchten zunächst, ob es geeignete Wege zu einer nordischen Verteidigungsunion gäbe. Die entsprechenden Verhandlungen, die 1948 und Anfang 1949 stattfanden, scheiterten aber. Noch heute beschäftigen sich Historiker mit der Frage, woran das eigentlich gelegen hat. Dazu könnte man vielleicht kurz sagen, daß die Verteidigungsinteressen der beteiligten nordischen Länder verschieden gelagert sind.

Schweden wünschte unter keinen Umständen auf eine, wie ich betone, *bewaffnete* Neutralität zu verzichten. Es wünschte auch nicht, eine Einschränkung dieser

Neutralität in Kauf zu nehmen in der Form irgendwelcher konkreter Verhandlungen mit den Westmächten.

Norwegen dagegen glaubte nicht, daß seine Sicherheit durch eine solche bewaffnete Neutralität garantiert werden könnte ohne eine Rückendeckung im Westen und ohne Materiallieferungen von dorthier.

Dänemark versuchte zu vermitteln, neigte stark zu dem schwedischen Standpunkt, hatte aber im übrigen, besonders in der Person von Hans Hedtoft, die große Hoffnung, daß es gelingen werde, den Norden verteidigungsmäßig zusammenzuschließen und damit zu vermeiden, daß die nordischen Länder in die Händel der großen Welt verwickelt würden. Hans Hedtoft war tief erschüttert, als in Oslo schließlich Anfang 1949 diese Verhandlungen gescheitert waren.

In der NATO mit Vorbehalten

Die Norweger befanden sich von der ersten Stunde an in den Verhandlungen über die Bildung der NATO, die Dänen sprangen sozusagen auf den fahrenden Zug und erreichten es noch in letzter Minute, Mitgründer, Mitstifter dieser atlantischen Verteidigungsgemeinschaft zu werden. Nur eines dürfen wir bei alledem nicht übersehen, wenn wir die Teilnahme Norwegens und Dänemarks an der NATO-Zusammenarbeit betrachten, daß beide Länder mit Vorbehalten in der NATO stehen. Es sind deren zwei: Der eine ist, daß man eine Stationierung ausländischer Streitkräfte in Friedenszeiten auf den Territorien Dänemarks und Norwegens nicht akzeptieren will, und der zweite ist, daß man die Stationierung atomarer Waffen im Gebiet der beiden Staaten grundsätzlich ablehnt. Diese beiden Vorbehalte gehören in das Bild der Gesamtsituation Skandinaviens. Wenn wir in diesem Gebiet relativ friedliche Verhältnisse haben, so beruht es eben nicht darauf, daß wir etwa im Ostseeraum einen sowjetischen Zerstörer mit einem deutschen oder dänischen aufwiegen können, denn dazu fehlen uns fünf von sechs, sondern darauf, daß im Gesamttraum Skandinaviens ein Balanceverhältnis hergestellt worden ist. Dieses besteht darin, daß wir auf der einen Seite Finnland haben mit seiner starken Abhängigkeit von der Sowjetunion und einer außerordentlich geschickten und ausbalancierten Außenpolitik dem Osten gegenüber, auf der anderen Seite zwei NATO-Länder, Norwegen und Dänemark, die an der westlichen Verteidigung teilnehmen, aber mit für die Sowjetunion entscheidend wichtigen Vorbehalten, und mitten darin Schweden mit seiner bewaffneten Neutralität.

Wir vergessen oft, daß die Zugehörigkeit zur NATO für Norwegen und Dänemark die billigste Form der Verteidigung ist. Wenn man die Verteidigungsanstrengungen der drei Länder Norwegen, Schweden und Dänemark miteinander vergleicht, so sieht man, daß Norwegen hierfür im laufenden Haushaltsjahr 1,5 Mia. aufwendet, Dänemark 1,4 Mia., Schweden aber 3,9 Mia. — umgerechnet in DM, das sind auf

den Kopf der Bevölkerung in Norwegen 399 DM, Dänemark 299 DM, Schweden aber 506 DM. Die Höhe der Ausgaben für die Verteidigung hat auch schon bei den Verhandlungen 1948/49 eine sehr wichtige Rolle gespielt, weil ein damals noch armes Land wie Norwegen sich völlig darüber im klaren war, daß es unmöglich sein werde, eine solche Verteidigungsanstrengung zu finanzieren und gleichzeitig den wirtschaftlichen Aufbau des Landes durchzuführen.

Wir sehen, daß die Frage des besonderen Balanceverhältnisses im skandinavischen Raum bei allen aktuellen Fragen eine entscheidende Rolle spielt. Denken Sie z. B. an die Zeit, als Verhandlungen über ein Einheitskommando der NATO für das Gebiet Schleswig-Holsteins, Jütlands, Fünens und der westlichen Ostsee aufgenommen wurden. Das führte prompt und unvermeidlich zu einer sehr scharfen sowjetischen Reaktion und unmittelbar zu dem, was wir die Nowosibirskkrise nennen, denn die Handhabe, die die Sowjetunion hat, um im skandinavischen Raum Druck auszuüben, ist ja die Abhängigkeit Finnlands. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wird die Sowjetunion neue Pressionen gegen Finnland ausüben, um damit nach Möglichkeit zum angestrebten Ziel zu kommen. Sie werden sich auch erinnern, daß diese Krise ihren Namen bekommen hat von der Verhandlungsreise Kekkonens nach Nowosibirsk, wo er in Gesprächen mit Chruschtschow die Krise zu meistern versuchte. Was dabei meist übersehen wird, ist, daß gleichzeitig der norwegische Außenminister Halvard Lange nach Moskau fuhr und Verhandlungen ganz anderer Art führte, die darin bestanden, daß er auf die Möglichkeit Norwegens hinwies, die NATO-Vorbehalte aufzugeben, falls die Sowjetunion Finnland angreifen werde. Diese Vorbehalte — z. B. gegen die Stationierung von atomaren Waffen in Verbindung mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen hinter der norwegischen Bergkette — sind durchschlagende Argumente, von der Sowjetunion her gesehen. Wenn Sie die Karte betrachten und sich vorstellen, Sie stünden in Moskau und blickten von dort her nach Skandinavien, dann wird das ohne weiteres klar, weil die norwegische Bergkette es ermöglichen würde, eine Art Breitseite gegen alle entscheidenden Zentren der Sowjetunion zu richten. Es stellte sich gerade in diesem Zusammenhang heraus, daß es im vitalen Interesse der Sowjetunion liegt, an diesem Gleichgewichtsverhältnis in Skandinavien nicht zu rühren.

Regional kein Machtausgleich

Das Einheitskommando der NATO, das in Mitteljütland sein Hauptquartier hat, hat im skandinavischen Raum neue militärische Voraussetzungen geschaffen, und zwar durch eine ausgezeichnete und harmonische Zusammenarbeit dänischer, deutscher und anderer NATO-Offiziere, aber einer militärischen Zusammenarbeit, die in keiner Weise in der Lage sein wird, das militärische Übergewicht der Sowjetunion in der Ostsee auszugleichen, sondern das gesehen werden muß vor

dem Hintergrund der Rückendeckung durch die gesamte NATO. Auch das übersehen wir oft, daß es niemals das Ziel sein kann, den Ausgleich hier eng regional zu erreichen. Wir können das viel deutlicher erkennen, wenn wir Norwegen mit seinen großen Problemen in Nordnorwegen mit ins Bild hineinziehen. Es wäre dem kleinen norwegischen Volk gänzlich unmöglich, die riesigen Gebiete Nordnorwegens, die so groß sind wie die Beneluxländer und Dänemark zusammengenommen, allein zu verteidigen, sondern nur durch eine Koordinierung mit der gesamten NATO-Verteidigung ist es möglich. In den Verhandlungen über das Einheitskommando sahen wir auch hier den Zusammenhang. Neben der Bundesrepublik war kein Land so stark interessiert an der Etablierung dieses Einheitskommandos wie gerade Norwegen, weil die Deckung der Südflanke Norwegens die Voraussetzung dafür ist, daß es seine ganzen mobilen Streitkräfte in Nordnorwegen stationieren kann. Die dortigen Streitkräfte, verteilt über dieses riesige Gebiet, von Finnmarken angefangen über Troms nach Nordland, sind ganz darauf angewiesen, daß im Falle einer Krise schnelle alliierte Hilfe kommt. Eine wesentliche Seite dieser Verteidigungsanstrengungen besteht darin, die Voraussetzungen dafür zu schaffen durch die Anlage von NATO-Flugplätzen, weil im Ernstfälle zwei Institutionen der NATO eingreifen sollen, einmal die ständige NATO-Flotte, die erst vor zwei Jahren geschaffen worden ist, und zum anderen die sogenannte NATO-Feuerwehr, die mit Transportflugzeugen nach Norwegen gebracht werden soll. Wir wissen, daß die Sowjetunion in diesen nördlichsten Bezirken Europas eine außerordentliche Machtkonzentration vorgenommen hat. Im vergangenen Sommer unternahm sie zur Zeit eines NATO-Manövers in Nordnorwegen, mit dem Einsatz von 15 000 Mann, ein entsprechendes Gegenmanöver, an dem 50 000 Sowjetsoldaten beteiligt waren. Diese wurden unmittelbar an die sowjetisch-norwegische Grenze herangeführt. Zur gleichen Zeit fand ein Flottenmanöver statt, das durch die Ostseeausgänge um die ganze skandinavische Halbinsel herumführte und mit Landungsmanövern in diesem Grenzgebiet endete. Die Sowjets sind eine Militärmacht, die imstande ist, Operationen von Landstreitkräften, Luftstreitkräften und Marinstreitkräften gleichzeitig in Zusammenarbeit miteinander durchzuführen. Niemand in der westlichen Welt weiß heute genau, welche Stärke die Sowjetflotte hat. Nach dem neuesten britischen Flottenbuch „Jane's Fighting Ships“ verfügt sie heute über 25 Kreuzer, 100 Zerstörer, 100 Fregatten, 300 Schnell- und Vorpostenboote und 230 hochseefähige Landungsboote, darüber hinaus über nicht weniger als 55 Atom-U-Boote und 325 konventionelle U-Boote. Für die westalliierten Stäbe ist daran am interessantesten die weitgehende Umrüstung dieser Flotte nach — man möchte sagen — amerikanischem Muster. Die 6. Amerikanische Flotte im Mittelmeer z. B. kann sich ein halbes Jahr lang zur See aufhalten, ohne einen Hafen anzulaufen.

Diese großen Flottenverbände der Amerikaner sind überhaupt nicht mehr auf Stützpunkte angewiesen und unterhalten auch keine. Seit wenigen Jahren beobachtet man die gleiche militärische Entwicklung bei den Sowjets, die inzwischen zwei Flugzeugträger — Hubschrauberträger — entwickelt haben, die „Moskau“ und die „Leningrad“, die auch bereits in der kritischen Situation im Mittelmeer aufgetaucht sind. Alles dieses deutet, gesehen von den skandinavischen Ländern, insbesondere von Norwegen her, darauf hin, daß man im Ernstfalle von sowjetischer Seite durchaus daran denkt, triphibische Operationen im Norden Europas zu unternehmen.

Keine Alternative zur NATO-Politik

Das ist in kurzen Strichen die militärische Situation im skandinavischen Raum, wie sie im Ernstfalle Bedeutung gewinnen würde und die im Augenblick ausgeglichen ist durch ein Balanceverhältnis, das ich Ihnen darzustellen versucht habe. In der Bundesrepublik wird darum oft gefragt, wie denn die beiden NATO-Länder Norwegen und Dänemark eigentlich zur NATO stehen. Gibt es irgendwelche Tendenzen dahingehend, daß in absehbarer Zeit diese beiden Länder aus dem NATO-Zusammenhang ausscheiden wollen? Man kann diese Frage eigentlich nur beantworten mit der Gegenfrage, welche Alternativen es denn sonst für diese beiden Länder gibt. Wir haben ja sowohl in Norwegen als auch in Dänemark starke politische Kräfte, die eigentlich Gegner der NATO-Orientierung sind, denen es aber bisher nicht möglich gewesen ist, eine für die Sicherheit der Länder Dänemark und Norwegen ausreichende Alternative zu bieten, deren es hier eigentlich nur zwei gibt: die *unbewaffnete* Neutralität, die diese Länder zu einem Spielball der Weltpolitik machen würden oder eine *bewaffnete* Neutralität, möglicherweise in Zusammenarbeit mit Schweden, die die wirtschaftliche und finanzielle Grundlage der beiden Länder aus den Angeln heben würde. Ein Verteidigungsaufwand, wie Schweden ihn betreiben kann, gestützt auf eine eigene Rüstungsindustrie, ist für Dänemark und Norwegen unvorstellbar. Deswegen scheidet im Grunde die Opposition gegen die NATO-Politik in Dänemark und Norwegen immer wieder an der Frage nach den möglichen Alternativen.

Wenn Sie fragen, wie groß der Anteil der NATO-Anhänger und der NATO-Gegner in diesen beiden Ländern ist, so ist die Antwort darauf schwer zu geben. Vor allen Dingen müssen die beiden Länder unter verschiedenen Vorzeichen betrachtet werden. Norwegen, das ja seit dem zweiten Weltkrieg eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion hat, lebt weit mehr als Dänemark unter dem konkreten, greifbaren Gefühl der Bedrohung, weshalb die allgemeine Zustimmung zur NATO-Politik in Norwegen weit größer ist als in Dänemark. Jeder weiß: Dänemark ist kein militärisch eingestelltes Land, es ist möglicherweise ein Land, das auch wenig

begriffliche Zugänge zu militärischen Zusammenhängen hat. Darum wird in Dänemark die Frage der Zustimmung oder der Ablehnung der NATO-Orientierung sehr viel weniger von äußeren Dingen beeinflusst, sie wird viel gefühlsmäßiger sein. Es ist ja gerade die Sowjetunion, die durch dramatische Eingriffe in die Souveränität anderer Staaten immer wieder dafür sorgt, daß der Widerstand gegen eine positive NATO-Politik sich nicht durchsetzen kann, zuletzt durch den Eingriff in der Tschechoslowakei und im weiteren Sinne durch den prinzipiellen Anspruch der Sowjetunion in der Breschnjew-Doktrin, Eingriffe in sozialistischen Ländern vornehmen zu können.

Die Frage der Regionalisierung

Eine andere Frage ist es, ob auf sehr lange Sicht gesehen die NATO-Orientierung der beiden nordischen Länder Dänemark und Norwegen in Frage gestellt werden kann. Dieses Problem stellt sich natürlich auch im Zusammenhang mit ganz aktuellen Fragen wie den Verhandlungen über eine Nordische Wirtschaftsunion, von der im Augenblick niemand sagen kann, ob aus ihr mehr wird als eine Intensivierung der bisher schon üblichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es ist ganz klar, daß man sich fragen muß: Würde der Norden zusammengeschlossen werden in einer Wirtschaftsunion einschließlich der Zollunion, könnte das auf lange Sicht gesehen nicht die Tendenz zu dem, was wir heute Regionalisierung nennen, so verstärken, daß dies sich eines Tages auch auf politischer und militärpolitischer Ebene auswirkt? Als dem ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jens-Otto Krag letztthin diese Frage gestellt wurde, meinte er, das könne nicht ausgeschlossen werden, aber nur auf sehr lange Sicht, vielleicht in fünfzig Jahren.

Wir müssen bei der Beurteilung so großer nordischer Pläne stets das ganz Besondere der nordischen Zusammenarbeit bedenken: Es ist immer ein Moment, wie man vielleicht ein wenig ironisch sagen kann, von nordischer Psychotherapie dabei. Und es ist ja das Eigenartige in der Geschichte der nordischen Länder, daß zwei Entwicklungslinien nebeneinander oder gegeneinander verlaufen, einerseits die immer stärkere Aufsplitterung der nordischen Länder untereinander, denken Sie nur zurück: die Lösung der norwegisch-schwedischen Union 1905, die Lockerung der Beziehungen zwischen Island und Dänemark 1918, dann im zweiten Weltkrieg die völlige Lösung Islands aus dem Zusammenhang mit Dänemark. Auf rein staatlich-organisatorischem Gebiet streben die nordischen Länder immer wieder auseinander, aber jedes Kapitel dieses Auseinanderstrebens führt dann auch prompt zu dem Bedürfnis, daß die Vetter unter sich eine andere Ebene der Zusammenarbeit, des Zusammenlebens finden. So entsteht nach der Trennung Schwedens und Norwegens die parlamentarische Nordische Union, nach dem Scheitern der Verhandlungen über eine gemeinsame

Verteidigungsunion entsteht der Nordische Rat, und so wird immer zum Ausgleich der äußeren Zersplitterung ein Weg gesucht, um doch zusammenzubleiben als eine Familie — es handelt sich ja um eine Familie. Wer teilgenommen hat an vielen nordischen Tagungen, insbesondere des Nordischen Rats, der weiß, daß es Vettern und Kusinen sind, so verschieden sie manchmal sein mögen. Sie haben eine gemeinsame Grundlage des Denkens, Fühlens, des Reagierens auf die Dinge der Welt — und der Ewigkeit — hätte ich beinahe gesagt, und dieses Zusammengehörigkeitsgefühl ist so bewußt wie in einer Familie, die aufgesplittert ist in Menschen, die eigene Wege gehen und höchstverschieden sind und doch nie vergessen: Wir sind eine Familie und wir gehören zusammen in Solidarität. Deswegen kann ein so spektakuläres Ereignis wie z. B. das Erwägen einer nordischen Wirtschaftsunion durchaus ein Element des Ausgleichs von Schwierigkeiten sein, des Unterstreichens der nordischen Zusammengehörigkeit gegenüber einer unlösbar scheinenden Marktsituation.

Dramatisieren nicht angebracht

Zusammenfassend möchte ich noch einmal unterstreichen: Wir haben im skandinavischen Raum heute politisch und militärpolitisch ein so ausbalanciertes Verhältnis, daß es außerordentlich gefährlich wäre, daran zu rütteln, und daß selbst die Sowjetunion in den Situationen, in denen man meinen könnte, sie würde über den Strich gehen wollen, durchaus davor zurückschreckt, weil es auch für die Sowjetunion selbst zu Schwierigkeiten, Problemen und militärpolitischen Komplikationen führen könnte, an diesem Verhältnis des skandinavischen Raums zu rütteln. Es gibt ja viele Militärkommentatoren, die heute von der sogenannten Zangenstrategie der Sowjets sprechen, derzufolge die Sowjetunion die Zange anlegt teils im Mittelmeerraum und teils im Norden, und die das oft darstellen in einer höchst dramatisierten Form. Ich glaube, bezüglich Skandinaviens wird das oft stark übertrieben, denn es besteht nicht eine akute Gefahrensituation, wie sie etwa im Mittelmeerraum vorhanden ist. Und doch müssen wir uns vor der Meinung hüten — insbesondere in dem leider so kontinental denkenden Deutschland —, daß die Situation in Nordeuropa eine kleine Einmaleins-Rechnung ist: 1 Zerstörer gegen 1 oder 1 Zerstörer gegen 6. Fest steht, daß die Dinge viel weiträumiger betrachtet werden müssen unter Einbeziehung nicht nur des Ostseeraumes, sondern ganz Skandinaviens und insbesondere des sogenannten Nordkallots, der nördlichsten Spitze Europas, wo die weltpolitischen Interessen zwischen West und Ost besonders hart zusammenstoßen.

Was mir bedeutsam erscheint, ist, daß die Bundesrepublik und die Bundeswehr nach allerdings jahrelangen komplizierten Verhandlungen akzeptiert haben — wie Sie aus der Struktur des Einheitskommandos entnehmen können —, daß es sich hier nicht um eine wenig bedeutende nördliche Fortsetzung deutscher

Verteidigungsaufgaben handelt, sondern daß die Verteidigung dieses Gebiets einschließlich Schleswig-Holsteins und der westlichen Ostsee von Skandinavien her betrachtet werden muß. Und es ist darum nicht so, daß der Oberbefehlshaber des Einheitskommandos auf Grund von taktischem Tauziehen zwischen beiden Ländern immer ein dänischer Offizier ist, sondern weil dieser Verteidigungsraum von Skandinavien her gesehen werden muß.

Eigenartigerweise, wenn ich das zum Schluß sagen darf, ist in diesem militärischen Bereich der Verteidigung das alte deutsch-dänische Gesamtstaatskonzept wieder hergestellt worden; ein später Beweis für uns alle, die wir daran nicht gedacht haben, daß der deutsch-dänische Gesamtstaat, ja man könnte weitergehen, der deutsch-dänisch-norwegische Gesamtstaat, keine so zufällige Konstruktion war, wie wir eigentlich immer gemeint haben, sondern in dem Augenblick, als man vor die Aufgabe gestellt wurde, dieses Gesamtgebiet zu verteidigen, da trat die Konzeption des Gesamtstaats wieder auf.

*

Hans Peter Johannsen: Wir haben Ihnen sehr zu danken, Herr Hansen, für eine Information, die von großer Sachkenntnis zeugt und die in heilsamer Nüchternheit vorgetragen wurde. Es scheint sehr schwer zu sein, einen Bogen zu schlagen von den großen Zusammenhängen, die sie andeuteten, zu dem scheinbar so Kleinen, was uns heute hier zusammengeführt hat. Wenn ich mit einem Satz trotzdem versuche, von Ihnen den Bogen zu schlagen zu diesem Saal und was uns hier bewegt, dann erinnere ich daran, daß Sie von der Solidarität der skandinavischen Verwandten und ihrer familienhaften Bindung sprachen. Wir sind ja als Deutsche entferntere Verwandte, und wir haben als Verwandte sehr viel Schmerzliches miteinander erlebt, wir können, glaube ich, auf dem Hintergrund dessen, was Sie vortragen, sagen und können und dürfen es sagen, daß, so klein unsere Arbeit uns hier auch erscheinen mag, sie doch in dem psychologischen Bereich eine Bedeutung haben kann, denn schließlich geht alles vom einzelnen Menschen aus. Wenn es in der Situation, die Sie uns geschildert haben, gelingen sollte, für die Atmosphäre zwischen den skandinavischen Ländern und der Bundesrepublik einen positiven Beitrag zu leisten, dann hätten wir schon viel getan. Wir haben es oft in anderem Zusammenhang gesagt: Wir brauchen einander nicht um den Hals zu fallen, und von Liebe soll man nicht zu viel und nicht zu laut und nicht zu oft reden, man soll in diesem Zusammenhang vielmehr an das alte englische nüchterne Wort denken „Love me little, love me long“, d. h. wir wollen versuchen, eine Vertrauensbasis zu verbreitern und zu vertiefen in dem Raume, in dem wir leben.

Uns selber Fragen stellen

Aus dem Jahresbericht des Grenzfriedensbundes

Im kommenden Jahr werden es fünfzig Jahre her sein, daß die heutige Staatsgrenze zwischen Deutschland und Dänemark gezogen wurde. Seither ist diese Entscheidung als endgültig aufgefaßt worden, und das Jahr 1920 wurde zur Geburtsstunde der beiden nationalen Minderheiten. 1950, dreißig Jahre später, erfolgte auf dem Hintergrund von Zeitumständen, die niemand in dieser Form hatte voraussehen können, die Gründung des Grenzfriedensbundes. Zwar berechtigten zwanzig Jahre der Arbeit einer Organisation auch in unserer kurzlebigen Zeit noch nicht zu besonderen Feiern, jedoch sollten wir den 20. Jahrestag unserer Gründung markieren, weil dies eine geeignete Gelegenheit ergibt, uns selber Fragen zu stellen.

Es wäre ein schlechtes Zeichen einer Organisation und insbesondere ihres Vorstandes, wenn man sich nicht gewissermaßen in dauernder Unruhe befände. Das heißt in unserem Falle: in einer Unruhe darüber, ob unsere tägliche Arbeit, projiziert auf den Hintergrund der Geschichte, auf die Forderungen des Tages, projiziert auf zukünftige Entwicklungen, richtig angelegt und zeitgemäß ist, ob wir uns genügend davor hüteten, Organisation und Apparat zu werden.

Die letzte dieser Fragen darf ich ohne Zögern eindeutig beantworten: Wir sind keine Organisation geworden, die sich im Apparat erschöpft hat. Dafür ist unsere gesamte bisherige Arbeit ein deutlicher Beweis.

Aber wie steht es mit der Frage nach der inneren und äußeren Motivierung unserer Gründung und damit unserem Programm?

Wir sind entstanden aus einer zwingenden politischen Situation hier im Grenzlande. Es gab nach der Katastrophe von 1945 Menschen, die in Not waren, denen geholfen werden mußte; es gab aber vor allem viele Menschen hierzulande, die kaum jemals zuvor im volklichen Leben an der Grenze sich wirklich angesprochen fühlen konnten, weil niemand sie angesprochen hatte, und viele dieser Menschen hatten zudem aus vielen Gründen nicht an dem kulturellen Leben unserer Nation und an den Aufgaben der Heimat teilnehmen können. Dafür haben wir in den ersten Jahren gearbeitet — für gesunde, gerechte materielle Lebensverhältnisse — und viel Dank erfahren dürfen.

Im Grenzfriedensbund sammelten sich diejenigen, die in mancher Beziehung „draußen vor der Tür“ gestanden hatten. Hier für eine Änderung gesorgt zu haben, wird immer ein historisches Verdienst derer bleiben, die die politische Notwendigkeit einer neuen Grenzorganisation erkannten und sie verwirklichten.

Sie vermehrten nicht die Zahl der Grenzverbände aus Taktik, sondern sie sorgten dafür, daß der Strom deutschen Lebens hier im Lande aus allen Bächen genährt wurde, damit es ein großer und klarer Strom bliebe. Klar auch im neuen Verhältnis zum Nachbarn. Wir suchten damals sofort trotz psychologisch und politisch schwieriger Atmosphäre das Gespräch mit dem Nachbarn.

Man spricht heute viel von Gebietsreform, und man ist versucht, an jenen Mann zu erinnern, der sich bei der Tafel erhob und also zu reden begann: Ja, sagte er, mir ist eigentlich entfallen, was ich sagen wollte, aber ich kann ja etwas über den Gemeinsamen Markt sagen. — Wir könnten zum Gemeinsamen Markt und zur Gebietsreform auch etwas sagen, und wir werden es vielleicht bei passender Gelegenheit tun.

Soviel dazu heute: Wenn im Zuge der Schaffung größerer Einheiten des Lebens auch die Frage nach einer Rationalisierung der Arbeit der Grenzverbände entstände, dann darf ich an das erinnern, was ich oben sagte: Der Grenzfriedensbund könnte sich vielleicht denken, seinen Beitrag zur größeren Effektivität der Arbeit zu leisten, aber nur unter der Voraussetzung, daß sein Eigengewicht als geistiger Faktor, das er sich erarbeitet hat, bestehen bleibt.

Nicht ohne Grund haben wir unseren Namen. Er hat Bedeutung nach innen und nach außen. Der Grenzfriedensbund wünscht die mitbürgerliche Integration, d. h. er notiert dankbar, daß er zunehmend Freunde und Mitarbeiter findet, die, aus anderen Teilen Deutschlands kommend, ein klar erkennbares echtes Interesse an den Lebensfragen des schleswigschen Landes haben und ein großes Verständnis für die Situation dieses schleswigschen Landes beweisen.

Wenn es aber richtig ist, daß die politische Bedeutung der Grenzverbände überhaupt einer größeren kulturellen Bedeutung gewichen ist, dann möchte ich uns und die befreundeten Grenzverbände dazu beglückwünschen. Unseren Dank an die Parlamente, die Bundes- und die Landesregierung können wir am besten dadurch abstaten, daß wir für die freiheitliche, mitbürgerliche Lebensform arbeiten, die allein uns angemessen ist, für die Einsicht und die Freude am Leben der Menschen mit- und untereinander. Für den Grenzfriedensbund gibt es ein besonderes Ziel — hier liegt sein Erstgeburtsrecht — nämlich für ein Verhältnis der beiden benachbarten Nationen zu arbeiten, das unter Mithineinnahme fruchtbarer und sehr schmerzlicher und für uns beschämender Momente zu einer wirklich neuen Zeit führen kann.

Neue Zeit kann hier nur heißen: eine Zeit echter Partnerschaft, und das setzt voraus, daß man sich kennt. Auf diesem Gebiet ist noch viel zu tun.

Jugend in der zweiten industriellen Revolution

Der Landesvorsitzende der schleswig-holsteinischen SPD, Jochen Steffen, ging in seinem Rechenschaftsbericht auf dem Landesparteitag 1969 in Tönning auch auf das Problem der Unruhe in einem Teil der jungen Generation ein und stellte es in allgemeine gesellschaftliche Zusammenhänge aus der Sicht eines Sozialisten hinein. Wir bringen mit seiner freundlichen Erlaubnis nachstehend den entsprechenden Abschnitt der Rede.

Was sind kurz zusammengefaßt unsere, der Sozialisten, theoretische Positionen zum Verständnis der gesellschaftlich-politischen Entwicklung?

1. Die zweite industrielle Revolution wälzt die Grundlagen unserer Existenz um. Sie bringt auf der einen Seite — wenn richtig geplant und gelenkt wird — ständig wachsenden gesellschaftlichen Reichtum. Auf der anderen Seite bringt sie den Zwang zu immer schnellerer Umstellung des einzelnen und ganzer Branchen.

2. Die Gesellschaft muß sich in ihren Einrichtungen — vom System ihrer Daseinsfürsorge, ihren Instituten von Ausbildung und Forschung, ihren Möglichkeiten der Planung und Lenkung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Prozesse her — durch Reformen auf diesen Umwandlungsprozeß einstellen. Tut sie das nicht oder zu spät und zu unvollkommen, sind schwere Erschütterungen unausbleiblich.

3. Unser wirtschaftliches System ist durch den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung gekennzeichnet. So weit ist es noch immer kapitalistisch. Daraus ergeben sich Interessengegensätze zwischen den Gruppen und Klassen. Diese organisierten Interessen haben politische Macht. Sie kann durchaus eingesetzt werden, um die eigenen sozialen Schwierigkeiten auf andere Gruppen oder Klassen zu überwälzen. Sie kann dazu benutzt werden, auf Kosten des wirtschaftlichen Wachstums — und damit zu Lasten der ganzen Gesellschaft, vor allem zu Lasten der großen Mehrheit jener, die als Ware nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben und zu der Masse der Vermögenslosen zählen — einzelne politisch mächtige Gruppen oder Klassen zu privilegieren. Deren Interesse wendet sich damit gegen das Interesse der gesamten Gesellschaft. Vor allem gegen das Interesse jener über 80 Prozent der Erwerbstätigen, die von abhängiger Beschäftigung leben. (Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ging von 1930 bis 1968 um 25 Prozent zurück. Die Zahl der Abhängigen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 50 Prozent.)

4. Wir als Sozialisten vertreten die Interessen der gesamten Gesellschaft, indem wir uns für die Interessen der überwiegenden Mehrheit — der abhängig

Beschäftigten — einsetzen. Wir Sozialisten wollen, daß die Einrichtungen dieser Gesellschaft nach dem Interesse dieser Gesellschaft reformiert und verändert und nicht durch die Interessen und die Übermacht von einzelnen Gruppen und Klassen deformiert werden. Das ist auch, nach aller Erfahrung, die beste und sicherste Existenzgrundlage für einen leistungs- und lebensfähigen Mittelstand.

Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Phase der zweiten industriellen Revolution stellt an die Menschen zwei, scheinbar gegensätzliche, Anforderungen. Einerseits erfordert sie erhöhte Anpassungsfähigkeit. Sie ist eine der entscheidenden Voraussetzungen zur Beherrschung der revolutionären ökonomisch-technologischen Prozesse. Andererseits erfordert sie den bewußten, sich selbst bestimmenden Menschen. Nur er bietet die Voraussetzung dafür, daß die Veränderungen sich sachgerecht und effektiv vollziehen.

Dieser scheinbare Widerspruch spiegelt sich in den extremen politischen Tendenzen, die die Beherrschung der industriellen Revolution in einem System politischer Freiheit gefährden: Sie heißen Faschismus und Anarchismus. Die eine überbetont das Prinzip der Anpassung und erwürgt die Freiheit. Die andere setzt die Freiheit absolut und zerstört die hochempfindliche Maschine, die unseren Lebensstandard produziert. Es ist kein Zufall, daß beide Tendenzen, in der Zeit des scheinbar problemlosen Wachstums immer wieder totgesagt, heute wieder auftauchen.

Der Anarchismus, der in der deutschen Arbeiterbewegung in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts theoretisch und praktisch bereits überwunden war, taucht heute wieder auf einer höheren Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung erneut empor. Er findet einen günstigen Nährboden in den anarchistisch gestimmten Emotionen eines erheblichen Teiles der jüngeren Generation. Und benötigten wir nicht schon aus den aufgezeigten Gründen wieder eine sozialistische Theorie, dann würde dieses Phänomen es von uns fordern. Ohne eine klare sozialistische Theorie werden wir die große Masse der Reformwilligen nicht von den Anarchisten trennen können, für die die Forderung nach Reformen nur ein Mittel ist, um die Massen in Aktionen zu treiben, die kein anderes Ziel haben als den Apparat unserer Daseinsfürsorge zu zerbrechen.

Was uns hier begegnet ist auch ein Ausdruck jenes übersteigerten, ungezügelt Individualismus der Phase des Erhardschen Neoliberalismus, der ohne Rücksicht auf die Gesellschaft und die gesellschaftliche Moral und gesellschaftliche Interessen, das private Wohlbehagen und den privaten Nutzen zum obersten Maßstab des politischen Wirkens machten. Denken wir nur an den moralischen Sündenfall bei der Geburt der Marktwirtschaft, als die unvertrebte Warenhortung in einer hungernden und darbenden Bevölkerung als Ausdruck einer vernünftigen Gesinnung gefeiert und durch Riesenprofite prämiert wurde.

Mit allen etablierten Parteien müssen sich besonders die Sozialisten den Vorwurf

zuziehen, daß sie sich allzulange mit der Existenz an sich unhaltbarer Zustände — nur weil sie scheinbar problemlos das private Einkommen steigerten — abgefunden haben. Mit Zuständen, die seit Jahren immer deutlicher den Stempel der gesellschaftspolitischen Unverantwortlichkeit auf der Stirn trugen. Denken wir nur an die katastrophale Unterbewertung unseres Ausbildungssystems.

Wir haben uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag des sehr umständlichen und zeitraubenden Verfahrens des Hearings über die Ursachen der Unruhe der Jugend unterzogen. Es ist zu hoffen, daß alle Beteiligten aus ihm lernen, wie tief das Unbehagen an unserer Gesellschaft sitzt. Ein Unbehagen, das die Wurzel unseres politischen Systems berührt. Ein Unbehagen, das wir unterbewerten, wenn wir es an den Protestformen jener politisch Schwachsinnigen messen, die einen Gerichtssaal mit einer Bedürfnisanstalt verwechseln.

Wir demokratischen Sozialisten haben, wie ich meine, folgendes klarzumachen:

1. Die Anarchisten glauben nicht an Reformen unter den Bedingungen des Kapitalismus. Wir meinen dagegen, daß gerade die Geschichte des Kapitalismus die Möglichkeit antikapitalistischer Strukturreformen beweist. Voraussetzung der Reform ist, daß die Vorstellung der Reform das Bewußtsein der Massen ergreift und damit zur politischen Macht wird, die die Vorstellung in die Wirklichkeit umsetzt.

2. Die Anarchisten glauben an die sofortige Möglichkeit, Macht und Herrschaft aus den Beziehungen unter den Menschen auszuschalten. Wir demokratischen Sozialisten wissen, daß jedes gesellschaftliche und wirtschaftliche System im Interesse bestimmter Gruppen durch bestimmte Gruppen funktioniert. Wir wollen diese Gesellschaft und diese Wirtschaft nach den Interessen der überwältigenden Mehrheit des Volkes organisieren. Für uns sind Macht und Herrschaft „weder gut noch böse“. Für uns ist die Frage entscheidend: In wessen Interesse werden Macht und Herrschaft genutzt.

3. Die „modernen“ Anarchisten lieben den Konflikt an sich. Er ist für sie das Mittel, um die Gesellschaft in einen Kreis sich steigernder Konflikte zu ziehen. Am Ende steht dann der Zusammenbruch, aus dem spontan neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens „irgendwie“ entstehen sollen.

Wir demokratischen Sozialisten wissen, daß keine qualitative Veränderung der Gesellschaft ohne Kampf der widerstreitenden sozialen Interessen erreicht werden kann. Aber wir halten nichts vom Konflikt an sich. Wenn wir kämpfen, dann, um bestimmte Ziele zu erreichen. Wir wollen den komplizierten Apparat unserer Daseinsfürsorge nicht zerschlagen, wir wollen ihn verbessern und qualitativ verändern.

Die Kehrseite der anarchistischen Emotionen ist die faschistische Haltung. Und für

mich ist es kein Zufall, daß Gruppen der Anarchisten beim rotlackierten Faschismus, dem Stalinismus, landen. Wir wissen aus den Erfahrungen der Weimarer Republik, daß man so weit „links“ stehen kann, daß man „rechts“ wieder herauskommt. Und umgekehrt.

Die Gefahr heute scheint mir weniger in einer rechtsextremen Partei, wie der NPD, zu liegen. Zumal sie sich krampfhaft weigert, als das zu erscheinen, was sie ist. Die heutige faschistische Gefahr liegt in dem unreflektierten Umgang mit den notwendig größer gewordenen Macht- und Steuerungsmöglichkeiten der großen öffentlichen Apparate und privaten Konzerne, die die Ängste und Befürchtungen der Massen in der Phase der zweiten industriellen Revolution dazu benutzen, um sie dorthin zu steuern, wohin sie nicht wollen: in eine reaktionäre Herrschaft der Manager dieser Apparate und Konzerne. Daraus folgert für mich, daß die tatsächliche Gefährdung der Freiheit nicht unmittelbar in der Existenz emotional anarchistisch bewegter Jugendlicher, die einem blindwütigen Aktionismus huldigen, besteht. Sie gefährden allerdings mittelbar die Freiheit, indem sie die latent vorhandenen autoritär-faschistischen Tendenzen stärken. Sie wecken und stärken den Gegner, den sie zu bekämpfen vorgeben.

APO diesseits und jenseits der Grenze

Der Verfasser des nachstehenden Aufsatzes ist unseren Lesern schon von dem d+d-Taschenbuch „Dänemark aktuell“ her bekannt. Er ist gegenwärtig an der Universität Århus tätig. Wie er als Deutscher die Situation der oppositionellen Jugend in Dänemark beurteilt, wird für unsere Leser nicht ohne Interesse sein.

Eine jugendlich-intellektuelle Protestbewegung tritt in den verschiedensten Ländern auf, aber mögen sich auch die Bilder gleichen, sie ist nicht eine einheitliche Bewegung. Die Jugendunruhen in den USA haben völlig andere Ursachen als die in Spanien, in Frankreich oder in der CSSR. Nicht nur ein Intensitäts-, sondern auch ein Qualitätsunterschied differenziert die Bewegung in viele Unruhen, Revolten, Rebellionen und Aufstände. Andererseits lassen sich natürlich die gemeinsamen Züge nicht übersehen: Antibürokratismus, utopischer Sozialismus und nicht zuletzt der gute alte Generationenkonflikt. Die Studenten- (und Schüler-)revolte eines jeden Landes ist ein Spiegel des Bewußtseinsstandes, der gesellschaftlichen Verhältnisse, aber auch der Geschichte der betreffenden Nation.

In Århus verbrennen Studenten eine Strohuppe, darstellend den Rektor Søren Sørensen, in Kiel flieht der Senat der Uni auf der „Otto Hahn“ in die Kieler Bucht, um sich vor den Studenten zu retten, die die Öffentlichkeit der Sitzungen erzwingen wollen. In Kopenhagen muß die Medizinische Fakultät eine Sitzung vertagen, weil eingedrungene Studenten sich weigern, den Raum wieder zu verlassen. Es sieht so aus, als ob auf beiden Seiten der Grenze die Bastille gestürmt werden soll: in der Bundesrepublik und in Dänemark — zwei Industrieländern Westeuropas, einem großen und einem kleinen, durch die NATO und viele andere Organisationen eng miteinander verflochten. Aber wahrscheinlich ist die Parallelität zwischen der Pariser Mairebellion und der Berliner Dauerrebellion größer als das Gemeinsame an den Unruhen, die die dänischen und deutschen Hochschulen erschüttern.

„Man ist in Dänemark hellhöriger gegenüber den Forderungen der Studenten“, meint der Schwede Joachim Israel, Professor für Soziologie in Kopenhagen¹, „man diskutiert mit ihnen und tut positiv etwas, um die Universitäten zu demokratisieren, auch wenn konservative Professoren und Verwaltungsbeamte sich zu widersetzen trachten, oftmals anscheinend aus der Überzeugung, daß Reformen den Untergang der Welt nach sich ziehen werden. Sicher gibt es auch hier Polizeibrutalität, aber sie ist nicht organisiert, nicht Ausdruck des Systems, sondern eher der Persönlichkeit einzelner Polizisten.“

Während in der Bundesrepublik im Frühjahr 1968 eine ständig wachsende Zahl

von Jugendorganisationen den Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebung organisierte, führten einige Gruppen der dänischen APO eine „Kopenhagenwoche“ durch, in der man mit Sightseeingbussen, Brötchen und Freibier, Handzetteln und Gratisfahrtscheinen für öffentliche Verkehrsmittel die Bevölkerung in humorvoller, aber nichtsdestoweniger drastischer Weise auf die augenfälligsten Mängel einer menschen- und besonders kinderunfreundlichen Stadtplanung aufmerksam machte.

Die Beispiele sind nicht zufällig, als Spotlights beleuchten sie die unterschiedliche Situation in beiden Staaten.

Will man beide, die Bundesrepublik und Dänemark, miteinander vergleichen, muß man sich einige Unterschiede vor Augen halten — ein Anspruch auf Vollständigkeit wird im folgenden nicht erhoben:

1. Von vielen verdrängt, von vielen als offene Wunde empfunden: das Problem der deutschen Teilung. — Dänemark hat heute keine nationalen Probleme mehr.

2. Das Trauma der mehr oder weniger unbewältigten Vergangenheit. —

Ein Problem, das einschließlich aller Reaktionen darauf in Dänemark nahezu unbekannt ist.

3. Aus dieser besonderen Vergangenheit erklärt sich das Fortleben nationalistischer und antidemokratischer Tendenzen und auf der anderen Seite die Hypersensibilität dagegen: die NPD und der leidenschaftliche Kampf gegen die Notstandsgesetze, die Anfälligkeit für restaurative Parolen einerseits und die steigende Zahl der Wehrdienstverweigerer andererseits. —

Dänemark hat seit mehreren Menschenaltern eine massive Bedrohung der Freiheiten des einzelnen durch die eigene Führung nicht mehr erlebt. Die Menschenrechte sind etwas Selbstverständliches, das Mißtrauen gegen die staatliche Gewalt wird nicht als „zersetzend“ empfunden, sondern als etwas Natürliches. Dementsprechend sind Übergriffe (eine „Spiegel“-Affäre in Dänemark wäre völlig undenkbar) weitaus seltener und werden mit größerer Selbstverständlichkeit korrigiert.

4. Die Restauration in Deutschland hat den Abbau autoritärer und intoleranter Verhaltensweisen verlangsamt, ja gebremst. Beispiele sind etwa die verzögerte große Strafrechtsreform, die Aggressivität der Verkehrsteilnehmer gegeneinander, der Eltern gegen ihre Kinder, der Lehrer gegen ihre Schüler, der Polizei gegen Demonstranten usw. —

In Dänemark läßt sich eine solche Restauration nicht wahrnehmen. Die Brutalität und Spießigkeit einiger Zeitungen des Hauses Springer z. B. hat, wie immer wieder von Dänen versichert wird, im Norden keine Entsprechung, obwohl auch hier eine Boulevardpresse den Lesern die Wirklichkeit im Zerrspiegel von Sex and Crime zeigt.

5. Die Große Koalition und ihre ursprüngliche Absicht, ein Mehrheitswahlrecht

durchzusetzen, das die parlamentarische Vertretung von Minoritäten für immer ausschließen würde, war nicht nur der äußere Anlaß der deutschen Jugendrevolte. Diese Reaktion auf die Große Koalition war keine Zerfallerscheinung, sondern ein notwendiges Ventil. Oder mit Karl Hermann Flach: „Wenn der vorgesehene institutionelle Rahmen für dieses dialektische Wechselspiel, der Parlamentarismus, einmal nicht funktioniert, wie jetzt bei der Großen Koalition, dann bricht der notwendige demokratische Prozeß sich eben außerhalb der Institution Parlament seine Bahnen, aber nicht außerhalb der demokratischen Gesellschaft.“ Hinzu kommt, daß Machsträger in Deutschland, soeben mit Autorität begabt, schon „nach unten“ schwerhörig werden und nur noch bemüht sind, kritische Forderungen zu entkräften und abzulenken, statt sie zu erfüllen. —

In Dänemark dagegen, wie allgemein in Skandinavien, ist der Parlamentarismus fest verankert, bei rechts und links. Die radikale Linke ist im Parlament vertreten und kann sich dort Gehör verschaffen. Außerdem scheint die Führungselite flexibler zu sein. „Der stärkere Wille, zuzuhören, Kompromisse zu machen und Reformen durchzuführen, hat zur Folge, daß es revolutionäre Aktionen in Skandinavien schwer haben, Gehör zu finden. Hier gibt es eine Reformtradition, die institutionalisiert worden ist.“³

Dieses Aufeinanderhörenkönnen hat bisher in Dänemark Exzesse wie Sprengung von Veranstaltungen, Nötigung von politischen Gegnern zu sogenannten „Diskussionen“, provokant-flegelhaftes Außerachtlassen „bürgerlicher“ Anstandsregeln, Aktenverbrennungen, Schlägereien usw. verhindert. — Einzige Ausnahme ist allerdings die große Vietnamdemonstration vor der US-Botschaft in Kopenhagen gewesen.

6. Der u. a. durch die Erfahrungen mit dem Sozialismus in der DDR tiefeingewurzelte Antikommunismus in der Bundesrepublik läßt sich nur schwer mit dem dänischen Antikommunismus vergleichen. Das Mißtrauen gegen jede politische Kampagne von links ist sofort hellwach, während man es sich im Norden leisten kann, unbefangener zu werten und zu urteilen.

7. Gewisse Mängel des Unterrichtswesens, die sogenannte Ordinarien Herrschaft, die Abhängigkeit der wissenschaftlichen Assistenten, das ländliche Schulwesen in katholischen Gebieten u. a. m. heben sich in alles andere als erfreulicher Weise von der dänischen Situation ab.

8. Schließlich ein Unterschied, der am schwersten zu fixieren ist, der am wenigsten äußerlich deutlich wird und doch zentral ist: Man kann ihn mit allem Vorbehalt vielleicht Ideologieanfälligkeit auf der einen und Ideologieskepsis auf der anderen Seite nennen. Das Gemeinsame ist nämlich doch oft stärker als die hauchdünne Scheidewand zwischen der protestierenden Jugend beider Länder.

Arno Klönne hat in einem Aufsatz in der „Frankfurter Rundschau“⁴ auf verblüffende Parallelen in den Verhaltensformen der westdeutschen Jugendopposition und der alten Jugendbewegung der ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts hingewiesen. Er entdeckte die „ästhetische Fluchtbewegung in den revolutionären Mythos“ wieder, die antizivilisatorische Tendenz, den geringen Kontakt zur modernen Arbeitswelt, die Sehnsucht nach Reinheit und Ganzheit, die irrationale Heilserwartung und die Rekrutierung der jungen Protestierer aus bildungsbürgerlichen Schichten. Die APO weist diese Parallelen zwar energisch von sich, aber historische Fäden scheinen doch dorthin zu führen.

Frode Jakobsen, alter Widerstandsmann und Sozialdemokrat, der bei der dänischen Jugend Ansehen genießt, hat in „Politiken“ eine Analyse der Jugendopposition unternommen⁵. Es fällt auf, daß er eindringlich vor exotischen Vorbildern wie Guevara und Mao warnt, daß er die Jugend auf keinen Fall von ideologischen Autoritäten abhängig sehen will. Mythen sind ihm etwas Suspektes. Auf der anderen Seite hebt er als besonders positiven Zug den Antimaterialismus hervor, die Abkehr der jungen Leute vom Konsumdenken, vom simplen Geldverdienen und bewußtlosen Karrieremachen. Er freut sich über die Ausbruchsversuche aus der lähmenden Langeweile der sozialen Wohlstandsgesellschaft, die verdrängt hat, daß zwei Drittel der Welt nicht wissen, wie sie sich sattessen sollen. Man mag einwenden, daß ähnliche Stimmen auch in Deutschland zu hören seien, aber wenn einer der Führer der dänischen APO, Peter Duelund, meint: „Obgleich der größte Teil der Aktivisten dem linken Flügel der dänischen Parteipolitik angehört, veranstalten sie ihre Aktionen nicht im Namen der Partei oder unter Bezugnahme auf Ideologien“ und „... es nützt nichts, sich auf den alten politischen Gleisen fortbewegen und alter politischer Mittel bedienen zu wollen. Sie eignen sich vorzugsweise zur Verwaltung einer Gesellschaft, nicht zur Entwicklung von Demokratie und menschlicher Freiheit in der Gesellschaft“⁶, so wird deutlich, daß diese Sprache bei einem APO-Führer im Westdeutschland von heute undenkbar ist.

Diese Unterschiede scheinen am augenfälligsten zu sein. Sie erhalten ihre Bedeutung aber erst auf dem Hintergrund der Gemeinsamkeiten, der Phänomene, die nicht nur den beiden erwähnten Ländern gemeinsam sind. Erinnerung soll nur an die Indignation über den rasch wachsenden Wohlstand und Konsumdruck, an den Vietnamkrieg, an die Überfüllung der Hochschulen und die lange Studiendauer — und bei den Unruhen an die führende Rolle der Studenten der Philosophischen Fakultäten, darunter wieder der Politologen und Soziologen.

Wahrscheinlich werden auf die Dauer weniger die Gemeinsamkeiten als die Unterschiede das endgültige Aussehen der Rebellionen in beiden Staaten bestimmen. Viele Probleme der Bundesrepublik sind nicht exportierbar, einige mäßigende Faktoren in Dänemark hatten in der Bundesrepublik noch nicht Zeit

und Gelegenheit, heranzureifen. Es ist schwer, Prognosen zu stellen, aber die fanatische Ablehnung jedes Kompromisses mit der bestehenden Gesellschaft bei einem Teil der westdeutschen APO, der gereizte „furor teutonicus“ und der Haß auf den Liberalismus werden in Dänemark wohl nie Beifall finden können, einfach weil man sich durch Ironie und Humor gegenseitig das Wasser abgraben würde. Hier ist es viel bequemer, miteinander zu reden, als sich dem anstrengenden Geschäft des Steine- und Molotowcocktailwerfens und Niederknüppelns von Demonstranten zu widmen. Selbstverständlich gibt es auch in Dänemark Gruppen, die gern Konfrontationen eskalieren möchten (Verleihung des Sonning-Preises im April 1969), aber die Besetzung der Filmschule im Frühjahr dieses Jahres hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß es der Minorität nicht gelang, die Majorität auf ihre Seite zu ziehen und sie für ihre Aktionen zu gewinnen. In den Universitätsstädten der Bundesrepublik dagegen liegt die Schwelle dieses „Solidarisierungseffekts“ schon viel tiefer.

- 1 „Desperationen bag studenteroprørene“, Politiken, 11. Februar 1968.
- 2 Die Zeit, 5. Januar 1968.
- 3 Joachim Israel s. o.
- 4 Der romantische Traum vom einfachen Leben, 1. Februar 1969.
- 5 6. September 1968.
6. 4. Oktober 1968.

Im Dialog mit der „unruhigen Jugend“

Die Suche nach einer Antwort auf das Verhalten einer oppositionellen Jugend veranlaßte das Jugendamt der Stadt Flensburg zur Durchführung eines Jugend-Hearings. Wir baten den Initiator desselben um eine Schilderung seiner dabei gewonnenen Eindrücke, die über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus sicher von Interesse sein werden.

Die zunehmenden Proteste junger Menschen in der Bundesrepublik gaben mir Veranlassung, dem Jugendwohlfahrtsausschuß der Stadt Flensburg die Frage vorzutragen, ob es nicht auch sein Anliegen sein sollte, die Motive der Unruhe in der jungen Generation im Dialog mit jungen Menschen zu ergründen. Dabei stand von vornherein fest, daß es keine speziellen örtlichen oder regionalen Faktoren gäbe, die Aktionen provozierten, denn bis zu diesem Zeitpunkt konnte man behaupten, daß es in Flensburg und auch in unserem erweiterten Raum „ungewöhnlich ruhig“ zugegangen war. Dennoch sollte der vom Gesetz für Fragen der Jugend zuständige Ausschuß, in dem Vertreter verschiedener politischer, konfessioneller und Jugendverbandsinteressen zusammengefaßt sind, daß „Zeitphänomen“ unruhige Jugend zu deuten versuchen und gegebenenfalls für seine örtliche Tätigkeit sich ergebende Maßnahmen ableiten.

Der Ausschuß griff die Anregung auf und beschloß, zunächst ein „Hearing“ durchzuführen, in dem regional kompetente und von der allgemeinen Protestwelle betroffene Vertreter verschiedener Institutionen ihre Auffassung zu dem Verhalten der Jugend und den Ursachen der Unruhe darlegen sollten. Die Veranstaltung fand am 19. November 1968 im „Jugendtreff Exe“ statt, und außer den zwanzig Mitgliedern des Jugendwohlfahrtsausschusses, Angehörigen des Jugendamtes und weiteren interessierten Gästen nahmen daran teil Vertreter der allgemeinen Studentenausschüsse bzw. Dozenten der Pädagogischen Hochschule, der Flensburger Ingenieur-Schule, der Grenzakademie Sankelmark, die Leiter verschiedener Flensburger Schulen, der Leiter der Polizeidirektion Flensburg und der Landesjugendpfleger.

Das Gespräch zeigte sehr bald die unterschiedlichen Ausgangspositionen auf, aus denen unsere Gegenwart und ihre gesellschaftlichen und politischen Funktionen beurteilt werden. Die Proteste der Jugend wurden als Ausdruck eines starken Begehrens auf Mitbeteiligung an den Vorgängen in unserer Gesellschaft gewertet. Allerdings scheint diese Gesellschaft aus verschiedenen Gründen überrascht und auf solche Forderungen der Jugend nicht vorbereitet gewesen zu sein. Daraus entwickelte sich eine Krisensituation, die durch einen bedenklichen Überschwang

der Protestierenden und abweisende Verständnislosigkeit des „Establishments“ gekennzeichnet war und ist. Typisch für die Demonstranten war die Aussage, daß man die Gesellschaft „schocken“ müßte, um seine Ziele auch mit Mitteln, „die eines demokratischen Staatsbürgers normalerweise nicht würdig sind“, zu erreichen. Man müßte die Machtverhältnisse total ändern, was danach käme, sei noch zu überlegen. Ebenso extrem stand demgegenüber die Forderung der „Autoritäten“ nach absoluter Ordnung und Einfügung in unser demokratisches System.

Das Gespräch dürfte auch unter kritischen Gesichtspunkten als ein gelungener Versuch gewertet werden, die Basis für ein rationales Gespräch zu suchen, auf der sich fruchtbare Diskussionen entwickeln können.

Ausgehend von diesem Hearing, erörterte der Jugendwohlfahrtsausschuß die wahrnehmbaren Verhaltensweisen der Jugend zu Problemen unserer Zeit im Flensburger Raum, und er willigte ein, als Fortsetzung des begonnenen Gespräches eine Diskussion ausschließlich mit Vertretern der Jugend in Flensburg zu führen. Dazu sollten die Gymnasien (deutsche und dänische) Vertreter unterschiedlicher Auffassungen benennen, und wieder waren Vertreter der in Flensburg tätigen Studentenausschüsse zu dem Gespräch gebeten. Darüber hinaus wurde Vertretern der berufstätigen und der parteipolitisch gebundenen Jugend Gelegenheit gegeben, sich an dem Dialog zu beteiligen.

Am 13. Mai 1969 traf sich der Gesprächskreis, zu dem sich mehr als vierzig Personen versammelten. Es war nicht ohne weiteres möglich, zur Sachdiskussion zu gelangen. Die Vertreter der Jugend konnten erst über „geschäftsmäßige Umwege“, die doch aber wohl für die kritische Haltung der jungen Menschen gegenüber allen parlamentarischen Gepflogenheiten kennzeichnend sind, an den zur Debatte stehenden Fragenkomplex herangeführt werden. Es ging zunächst darum, zu erfahren, was die sogenannte unruhige Jugend selbst will. Sie demonstriert gegen das „Establishment“ und fixiert nicht eindeutig, welche Vorstellungen sie realisieren möchte. Es ist nicht zu erkennen, wie die Jugend den Ruf nach „Demokratisierung“ verwirklicht sehen möchte. Ist die Gesellschaftskritik mehr als allgemeine Verdrossenheit, ist sie bewußte Negation? Ist die Unruhe ein Generationsproblem oder nur Aktionseuphorie? Ist „die Jugend“ in Unruhe oder sind es wenige Aktivisten mit vielen Mitläufern? Wie ist das Staatsverständnis unserer Jugend, und welche Verantwortung will sie in Gesellschaft und Staat tragen?

Ferner sollte erörtert werden, wie die Jugend die Aufgaben unserer Stadt sieht, ob es örtliche Probleme allgemeiner Bedeutung gibt, die die Jugend bewegen, und ob die inzwischen in Flensburg stattgefundenen Proteste und Demonstrationen örtliche oder regionale Ursachen haben.

Die Debatte, teilweise erfreulich lebhaft geführt, ließ doch wiederum erkennen, daß neben konkreter und wohl auch sehr berechtigter Kritik an unserem Bildungssystem nur recht allgemeine Vorbehalte gegenüber Staat und Gesellschaft bestehen. Die Jugend hat ein anderes Demokratie-Verständnis als es der größte Teil der erwachsenen Bevölkerung besitzt. Sie sieht unsere demokratischen Verhaltensweisen als autoritäres Handeln, dem die Legitimation durch das Volk in seiner Gesamtheit fehlt. Die „Demokratie in der Demokratie“ ist nach ihrer Meinung nicht ausreichend vorhanden.

An solchen Debatten zeigte sich recht bald, daß der Punkt schnell erreicht wird, an dem sich alles im Kreise zu drehen beginnt. Es mag wohl daran liegen, daß die Jugend viele „Propheten“ hat, denen sie — weil sie Kritik äußern — nachzueifern bereit ist, und daß daraus eine Mixtur irrealer Auffassungen entsteht.

Dieser Jugend ist zu wünschen, daß sie gesprächsbereite, verantwortungsbewußte Menschen in der ihr scheinbar so fernen Welt der Erwachsenen findet, die frei von Pauschalurteilen und bereit zur positiven Fortentwicklung unserer demokratischen Existenz, die angebotene Partnerschaft mit der jungen Generation suchen, in der sie ihrem Willen gemäß eigene Verantwortung übernehmen kann.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die örtlichen Demonstrationen regelrecht ein Ventil für ein allgemeines und teilweise auch gesteuertes Unbehagen sind, ohne daß konkrete örtliche Anlässe bestehen. In keiner Phase hat sich gezeigt — und darüber sollten wir doch wohl sehr erfreut sein, daß etwa aus der Nachbarschaft und Überschneidung deutsch-dänischer Interessen in unserem Raum Spannungen entstehen. Im Gegenteil, die Jugend sieht offenbar die Grenzen als ein Relikt der nationalen Überbetonung unserer Vergangenheit an und empfindet sie bestenfalls als administrative Linien in einer einheitlichen Landschaft.

Dänisch-südschleswigsche Jugend opponiert gegen traditionelle nationale Auffassungen

Aus einem längeren Aufsatz in „Flensburg Avis“, in dem sich der Verfasser mit der Situation der jungen Generation innerhalb der dänischen Minderheit auseinandersetzt, bringen wir nachstehend in Übersetzung einen Abschnitt, der erkennen läßt, um welche Problematik es sich hierbei handelt.

Wenn wir heute unsere volkliche Situation im Grenzland analysieren sollen, müssen wir hinter verschiedenen Punkten in dem Programm, nach dem man die Arbeit in Südschleswig durchzuführen versucht hat, ein Fragezeichen setzen. Es sind — besonders in den letzten Jahren — neue Konfrontationsprobleme entstanden, in dem die historische und ausgeprägt nationalpolitische Grundlage, auf der die Minderheit ihre Arbeit basierte, allmählich weggeschmolzen ist.

Es muß daher ein neues Arbeitsfundament für das Minderheitenleben errichtet werden, aber das ist unsagbar qualvoll und stellt die dänischen Südschleswiger vor fast unlösbare Probleme. Die europäische Reorganisation des Gesellschaftslebens und vielleicht auch das wachsende Desinteresse in Dänemark für das Grenzland haben unserer Minderheit große Schwierigkeiten gemacht. Es ist daher klar, daß die staatspolitischen, wirtschaftlichen und mitbürgerlichen Beziehungen der Südschleswiger zum deutschen Herbergsstaat nicht mehr die gleichen wie vor kaum zwei Jahrzehnten sind.

Die kleine südschleswigsche Studentengruppe beschuldigt die etablierte Organisationsleitung, in der Vereinsarbeit zu sehr auf verschlissenen Reifen zu fahren. Diese Kritik ist absolut unbegründet. Die Studentengruppe sucht außerdem nach einem mehr realitätsbetonten Kurs in unserer Minderheitenarbeit. Die von diesen jungen Menschen zum Ausdruck gebrachte Haltung entspricht einer aktuellen grenzpolitischen Lebensanschauung, die nüchtern und vorurteilsfrei die Beziehungen des Grenzlandmenschen zum Gesellschaftsleben im Herbergsstaat einkalkuliert.

Die Studentengruppe steht in Opposition zu den konventionellen Gesichtspunkten und Glaubensthesen der älteren Generation, die von einer romantischen Wiedervereinigungshoffnung geprägt ist, und die unausrottbares Mißtrauen zu den westdeutschen Koexistenzbestrebungen enthalten. Diese Frontparolen der älteren Grenzrevisionisten gegen fast alles Deutsche haben dazu geführt, daß sie sich zu einem zeitweise scharfen Gegensatz zur Nachkriegsjugend befinden, die sich in ihren freiheitlichen und realistischen Anschauungen für eine konstruktive Versöhnungspolitik und einen kulturellen Brückenbau über das Trennende

zwischen dänisch und deutsch im Grenzland der nationalen Intoleranz einsetzen. Einige verfechten sogar die extreme Auffassung, daß die versteckte Kulturfraternisierung zwischen der dänischen und der deutschen Grenzlandbevölkerung jetzt endlich auf Vereinsbasis legalisiert werden müßte. Hier stoßen also zwei Grundanschauungen aufeinander, nämlich die eine, die von historischem und nationalem Traditionsbewußtsein geprägt ist, und die andere, die von einer wirklichkeitsnahen und untraditionellen Lebensauffassung beherrscht wird. Man muß jedoch bedenken, daß die Grenzlandbetrachtung der älteren Generationen auf einer schmerzlichen Erfahrungsgrundlage beruht, die sie durch zwei Weltkriege erworben hat, während die jüngere und besonders die junge Generation das Verhältnis des Grenzlandes aus ihrer eigenen Gegenwartssituation beurteilt.

Aus Gerhard Ernst: „Die Situation der Minderheiten — Versuch einer kritischen Würdigung“ in „Flensburg Avis“ vom 6./7. März 1969

JUGEND SUCHT NACH „AKTUELLER“ FORM

Anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der dänischen Jugendvereine in Flensburg sagte deren Vorsitzender kürzlich: Wie überall versuche auch hier die Jugend, eine aktuelle Form, ihr eigenes Leben zu gestalten und zu finden. Es sei banal zu glauben, daß alles, was rundherum in der Welt und vor allem in Westeuropa geschähe, keinen Einfluß auf diese Jugend habe. „Wir können nicht von u n s e r e r Jugend sprechen; denn um die Jugend, die hier lebt, müssen wir erst kämpfen. Und das können, wir nur, wenn wir ihr anderes als lediglich Distrikts- und Vereinsabende bieten!“

Korrespondenz Deutsches Schleswig 1969/4

Ein junger Nordschleswiger über die Aufgabe der deutschen Volksgruppe

Schon im Grenzfriedensheft 2/1967 haben wir jungen deutschen Nordschleswigern das Wort mit ihren Auffassungen über die Situation der deutschen Volksgruppe gegeben. Als Beispiel dafür, in welcher Richtung etwa sich ihre Überlegungen bewegen, bringen wir nachstehend etwas gekürzt das Referat, das der Verfasser auf der Delegiertentagung des BdN im Oktober 1968 in Tinglev gehalten hat.

Es liegt nahe, mit einer kurzen Prüfung der Zielsetzung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig anzufangen.

Einerseits zeigt die vom Bund deutscher Nordschleswiger geführte Politik das Bestreben, im Grenzland eine vermittelnde Funktion zu erfüllen. Andererseits steht (sinngemäß) in der Satzung: Zweck und Ziel des Bundes ist es, allen Nordschleswigern deutscher Gesinnung die Möglichkeit zu geben, ihr Deutschtum zu wahren und zu vertiefen (§ 1). Dementsprechend können auch nur „Frauen und Männer deutscher Gesinnung als Mitglieder aufgenommen werden“ (§ 5).

Offensichtlich ergibt sich zwischen Satzung und praktischer Politik ein Widerspruch: jene fordert eine betont nationale Grundhaltung, diese das übernationale Bestreben.

Die Selbstbezogenheit der Zielsetzung offenbart unmittelbar eine auf das Eigeninteresse bedachte Haltung. Darin liegt gleichzeitig, daß wir die weit überwiegende Mehrheit der nordschleswigschen Bevölkerung als außerhalb unseres Wirkungsbereichs stehend betrachten. Steht diese Aufteilung nicht im Widerspruch zur These von der kulturvermittelnden Funktion? Und läuft man nicht Gefahr, den traditionellen Gegensatz zwischen deutschen und dänischen Nordschleswigern zu bewahren, statt ihn abzubauen, solange „deutsche Gesinnung“ als das A und O unseres Zusammenschlusses herausgestellt wird? Daß es dennoch mit der Vermittlerrolle ernstgemeint ist, möchte ich nicht bezweifeln. Nur befürchte ich, daß sich der BdN eben durch eine zwiespältige Haltung hierbei selbst im Wege steht. Dafür spricht auch die Dürftigkeit des bislang Erreichten.

Wenn das Nationalgefühl im Grunde genommen eine Erfindung des 19. Jahrhunderts ist, dürfte es an der Zeit sein, es in seiner herkömmlichen Prägung kritisch zu betrachten, zumal in einem so ausgeglichenen Grenzland wie hier.

Vor allem dürfte es anfechtbar sein, den Begriff „deutsche Gesinnung“ so anzuwenden, als hätten wir es dabei mit einer unveränderlichen Größe zu tun.

Man wird mir vermutlich darin zustimmen, daß sich in diesem Punkt zwischen den Generationen ziemlich abweichende Auffassungen geltend machen. Weshalb sprechen wir wohl sonst so oft aneinander vorbei? Es könnte doch sein, daß die Älteren in Sachen „deutscher Gesinnung“ von uns Jüngeren mehr erwarten, als uns zu geben möglich ist. Vielleicht ist sogar das ausbleibende Engagement der Jugendlichen mit einer derartigen Überforderung zu erklären.

Schon nach diesem flüchtigen Ansatz zu einer genaueren Prüfung scheint die in den Satzungen des BdN ausgedrückte Grundhaltung im Kern angreifbar zu sein. Und wenn wir sie zusätzlich mit den Bemühungen um eine vermittelnde Funktion vergleichen, scheint der BdN tatsächlich zwischen zwei Stühlen zu sitzen.

Ich meine, daß wir uns eine Zielsetzung geben sollten, die aus dem jetzigen Zustand der Isolierung und Stagnation herausführt. Ausgehend von unserer Tradition, müßten wir uns vornehmen:

in ständigem Dialog mit allen Kreisen der Bevölkerung das deutsche Element in Nordschleswig zu bewahren, zu vertiefen und zu verbreitern.

Ist es nicht das, was wir letztlich wollen? Oder geht es uns lediglich um *Selbsterhaltung*? Die letztere Frage möchte ich entschieden verneinen. Gleichzeitig bin ich der Ansicht, daß ein Zusammenschluß auf der angedeuteten Grundlage unserer Gruppe — weit über die gegenwärtig recht begrenzten Kreise hinaus — Sympathien und Unterstützung einbringen würde.

Unsere Entstehung als nationale Minderheit verbinden wir mit dem Jahr 1920. In den darauffolgenden 25 Jahren bewirkte die auf „eine neue Entscheidung in der Grenzfrage“ gerichtete Politik, daß im Grenzland in nationaler Hinsicht *gegeneinander* gelebt wurde. Bedingt durch die geschichtliche Entwicklung, vollzog sich dann 1945 ein erster Bruch mit jener Politik, als wir der Mehrheit gegenüber unsere Loyalität erklärten. Das hat seitdem dazu geführt, daß Mehrheit und Minderheit hierzulande friedfertig *nebeneinander* leben.

Die Frage, die sich im Hinblick auf die vorgeschlagene Neuformulierung unserer Zielsetzung nun mit Notwendigkeit stellt, ist folgende:

Werden wir bereit sein, nach demnächst abermals 25 Jahren einen weiteren Schritt zu tun und nun, bei zusammenfallenden Interessen, sogar die Gemeinschaft mit der Mehrheit anzustreben?

Auf solche Weise *miteinander* leben erfordert von einer Minderheit viel Mut, innere Stärke und Selbstverständnis, wenn sie bei einem solchen Experiment nicht zu kurz kommen will. Wir werden uns aber damit befreunden müssen, unsere Funktion im Grenzland neu zu sehen, wenn wir nicht zu einer bedeutungslosen Sekte absinken möchten.

Die wichtigsten Aufgaben dürften in Zukunft *kulturpolitischer* Art sein.

Voraussetzung bleibt nach wie vor die Beherrschung beider Sprachen, der deutschen wie der dänischen. Unsere Schulen und Kindergärten müssen noch besser werden; so attraktiv, daß auch Familien, die nicht zur eigentlichen Minderheit gehören, der Zweisprachigkeit wegen ihre Kinder dorthin schicken möchten.

Was berechtigt uns eigentlich, mit einer besonderen Liste an den Wahlen teilzunehmen? Keinesfalls stellen wir eine Partei im eigentlichen Sinn dar, denn die Wähler der „Slesvigsk Parti“ sind ihrer politischen Haltung nach über die ganze Skala der bestehenden Parteien verteilt. Wenn wir nun trotzdem wie eine politische Gruppe auftreten, jedoch kein eigenes politisches Programm vorweisen, dann scheint doch irgendwo ein Denkfehler vorzuliegen.

Findet man es wirklich richtig, wenn in unserem Fall vielfach schon mit der Geburt entschieden werden soll, wo der Betreffende zu gegebener Zeit sein Kreuzchen zu setzen hat? Ist es nicht zuviel verlangt, daß die Wähler der deutschen Liste sowohl innen- als auch außenpolitisch auf ihr Mitspracherecht verzichten sollen? In der Tat wählen wir ja unsere Mandate unter der Voraussetzung, daß diese als Vertreter einer überparteilichen Gruppe nur zu einem geringen Ausschnitt der politischen Probleme Stellung beziehen. Ja, eigentlich sollte nur dann die Stimme abgegeben werden, wenn ein direkter Bezug zu uns als Gruppe vorhanden ist. Das ist zwar loyal, aber zugleich auch eine sehr zurückhaltende Art, als dänische Staatsangehörige Mitverantwortung zu tragen. Unsere Gruppe könnte daher statt mit einer politischen Partei vielleicht eher mit einer Glaubensgemeinschaft verglichen werden, zusammengehalten durch eine bestimmte Tradition.

Die Lösung wird deshalb sein, daß wir auf eine eigene Liste verzichten und es dem einzelnen freistellen, seine Stimme der Partei zu geben, von der er seine Interessen am besten vertreten meint. Damit kein Mißverständnis aufkommt, dies gilt nicht allein bei Folketingswahlen, sondern ebenso bei Kommunalwahlen.

Wir sollten uns klarmachen, daß die Beibehaltung der Liste S eine künstliche Trennung der Nordschleswiger bedeutet, die sich nicht länger rechtfertigen läßt. Vom einzelnen wird nicht nur erwartet, daß er sich freiwillig „politisch entmündigen“ läßt, obendrein soll er anerkennen, daß die seiner Qualifikation entsprechenden Entfaltungsmöglichkeiten entschieden begrenzt werden. Es ist nämlich sehr wohl denkbar, daß dieser oder jener unserer Vertreter qualifiziert wäre, ein Amt als Gemeinderatsvorsitzender, Bürgermeister oder gar Folketingsabgeordneter zu bestreiten. — Indessen, die Existenz einer „Slesvigsk Parti“ hindert ihn daran.

Ich meine also, daß wir die Zusammenarbeit mit unseren Mitbürgern dort viel bewußter suchen sollten, wo wir gemeinsame Interessen haben. Mitnichten bedeutet das Selbstaufgabe oder Abbau der kulturellen Beziehungen. Im Gegenteil glaube ich, daß das deutsche Element in Nordschleswig durchaus gestärkt aus jenem Zusammenspiel hervorgehen kann. Es liegt an uns selbst.

Damit ist das Stichwort zu dem anderen Bereich gegeben, in welchem auf längere Sicht weitreichende Konsequenzen vorauszusehen sind. Es handelt sich um unsere weitverzweigte Sportarbeit. Trägt etwa die Sportarbeit zur Verbreitung deutscher Kultur bei? Wozu dient heute noch die unnatürliche Aufteilung in einen deutschen und einen dänischen Sportverein? Ist das nicht eine völlig überflüssige Isolierung? Warum soll der Jugendliche aus deutschsprachiger Familie daran gehindert werden, sich seinen Talenten entsprechend zu entfalten?

Zum Glück ist der Sport normalerweise eine weniger ernste Angelegenheit als die Politik und damit auch in geringerem Maß auf nationaler Gruppentreue verankert. In etlichen Fällen haben denn auch Freude am Wettstreit und persönlicher Ehrgeiz den einzelnen dazu bewegt, sich dem Verein anzuschließen, der ihm die gewünschten Aufstiegschancen bietet. Doch auf dem Hintergrund der heute noch geführten Politik des Jugendverbandes setzt sich der Betreffende sehr leicht dem Vorwurf aus, er lasse „die deutsche Sache“ im Stich, sofern er seine Entfaltungsmöglichkeiten nicht gerade in Flensburg sucht.

Es läßt sich meiner Ansicht nach nicht bestreiten, daß unsere Grundhaltung immer wieder einzelne Mitglieder in Konfliktsituationen bringen muß. Unsere Vorstände müssen sich ziemlich bald die Frage stellen, wieweit sie das verantworten können. Sie sollen uns auch sagen, ob sie meinen, daß fehlende Rücksichtnahme dem einzelnen gegenüber auf die Dauer ohne entscheidenden Substanzverlust für die Gruppe insgesamt bleiben kann.

Mit einem Zitat aus einem kürzlich in „Christ und Welt“ erschienenen Artikel glaube ich, daß auch über unsere Politik zu Recht gesagt werden kann: „Sie ist erfüllt von historischen Denkmodellen und übersieht, daß diese vor allem die Träger eingefrorener Irrtümer sind.“¹

Meine bisherigen Überlegungen laufen infolgedessen darauf hinaus, daß wir uns von solchen „eingefrorenen Irrtümern“ freimachen sollten. Das würde ja zugleich bedeuten, daß bisher gebundene Kräfte freigesetzt werden. Dann könnten wir uns auch etwas zuversichtlicher jener kulturvermittelnden und verbindenden Aufgabe zuwenden, die sich in Nordschleswig gerade uns stellt.

Wir werden hierfür insbesondere ein großes Maß an Offenheit und Beweglichkeit aufbringen müssen. Man täusche sich nicht! Mit Standpunktlosigkeit hat das nichts zu tun. Toleranz setzt ja den eigenen Standpunkt voraus.

Wenn wir also in Nordschleswig nun vielleicht die Interessengemeinschaft etwas mehr in den Vordergrund stellen, heißt dies, daß wir davon ausgehen, daß sich die Beteiligten im Bewußtsein des Trennenden begegnen. Auf eine kurze Formel gebracht:

Es muß sich in Zukunft erweisen, ob wir willens und dazu fähig sind, von jener

überkommenen Forderung Abstand zu nehmen, daß der einzelne der Gruppe national treu zu sein habe — unter Hintanstellung seiner selbst.

1 Josef Othmar Zöllner: „Ist unsere Politik von gestern?“, in Christ und Welt vom 20. September 1968

Wie sehen wir heute unsere Nationalität? Meiner Meinung nach ist das Nationale heute nicht mehr als ungebundener, selbständiger Wert zu sehen. Ich glaube schon, daß alle von den Menschen gedachten und erdachten Konstruktionen durch die allgemeinen Erschütterungen der letzten Jahre sehr stark in Frage gestellt worden sind; genauso wie aus theologischer Sicht und in der Geisteswissenschaft Ideale wandelbar geworden sind. Was ist dann Volkstum? Wäre es nicht wandelbar, wäre ein Volk tot, es ginge mit der Entwicklung nicht mit. Ich glaube nicht, daß Deutschtum ein fester, statischer Begriff oder Wert ist. Ganz im Gegenteil: Besinnen wir uns auf die eigentlichen Grundlagen unseres Daseins, dann ist das Volkstum doch wohl nur eine Form, in der wir höhere, ungebundene Werte übernationaler Art (wie etwa das Christentum) in der uns gemäßen Weise, eben der deutschen, pflegen.

Dieter Wernich im Grenzfriedensheft 2/1967

Die Jungen und die Alten und die Zukunft

Auf der Sankelmark-Tagung 1969 des BdN kam es zu einer lebhaften Aussprache zwischen Jungen und Alten über die Voraussetzungen des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum. Nachstehend bringen wir die Eindrücke eines interessierten und engagierten Zuhörers der Auseinandersetzung unter den Generationen.

Gewiß nicht der schlechteste Rat wird es gewesen sein, als mir vor fast zweieinhalb Jahrzehnten ein Mann dieses Landes anempfahl, über die Verhältnisse an der deutsch-dänischen Grenze erst zu schreiben, wenn ich es in dieser regenreichen Landschaft mindestens zehn Jahre lang ausgehalten hätte. Ich habe den Rat befolgt.

Von den Herausgebern der Grenzfriedenshefte bin ich nun aufgefordert, das Verhältnis zwischen den Alten und den Jungen in der deutschen Volksgruppe zu betrachten. Distanz mag da sehr nützlich sein, ohne engagiertes Interesse aber geht es auch wieder nicht. Für die Distanz dürfte mein Geburtsort bürgen, für das engagierte Interesse hingegen mein Beruf und die Tatsache, daß ich heute den Norden Schleswig-Holsteins als meine Heimat bezeichne. Und dies wieder tue ich voller Überzeugung.

Die Alten und die Jungen — wo verläuft da eigentlich die Trennungslinie? Ist sie abhängig vom Jahrgang oder von der Haarfarbe, von der Weisheit und der Erfahrung, womit schon immer nachfolgende Generationen zum Artigsein ermahnt worden sind? Wo präsentieren sich diese Alten und wo die Jungen denn nun sichtbar? Ist da nicht schon ein gar zu griffiges Schlagwort in die Diskussion gekommen? Eine jener leichtfüßigen Begriffsbestimmungen, die eben keine sind und seien sie noch so sehr in aller Munde. Wie wäre es stattdessen mit der Frage nach der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft? Die höchst komplizierte Geschichte dieses Grenzraumes auf der einen Seite und die völlig unabwägbare Zukunft nördlich und südlich der Schlagbäume auf der anderen. Bietet sich da nicht von ganz allein die Gegenwart als Klammer an? Als festes Fundament für Gedanken und Pläne, für Sachdiskussionen und auch Reformen und für das Begreifen des Möglichen.

Als sich im Januar 1969 in der Grenzakademie Sankelmark die Nordschleswiger zu ihrer nun schon längst traditionellen Begegnung trafen, da gab es einen Tagesordnungspunkt, der in besonderer Weise hervorstach. Der Hauptvorstand des BdN stellte sich der jungen Generation zu einem kritischen Gespräch. Ganz von ungefähr kam das natürlich nicht, manch einer wird darauf schon längere Zeit gewartet haben. Nun ließe sich solch Unterfangen als modische Pflichtübung abtun, als raffiniert eingebautes Ventil sozusagen, auf daß alles so bleibe, wie es

schon immer war und nur nach außen hin den Zeichen der Zeit Genüge getan sei. Aber es war anders, und es war mehr! Es wurden neue Gedanken formuliert, man war bereit, einander zuzuhören, und wenn die Grenze zwischen den Generationen auch noch so deutlich hervortrat, weder ungeduldig noch verletzend wurde diskutiert. Wer wollte bestreiten, daß da zwei sehr unterschiedliche Gruppen einander gegenüberstanden. Ihre divergierenden Ansichten und Meinungen wurden zum Schluß in Sankelmark aber nicht wieder zu einem Einheitsbrei zusammengerührt. Glücklicherweise nicht!

Und auch in den deutschen Familien drüben in Nordschleswig werden mit einem väterlichen Machtwort nicht mehr Vorstellungen und Fragezeichen der Söhne und Töchter vom Tisch zu fegen sein. Das sollte keinen schrecken und es sollte Verpflichtung und Bereitschaft fördern, die notwendigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Dort nämlich führt der Weg hin, wie mühsam und verschlungen er auch sein mag. Es gilt, sich auf eben diese Zukunft einzurichten. Das gilt es überall, zumal die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse unserer Zeit sich um ein Vielfaches schneller und strapaziöser vollziehen als die von „anno dazumal“. Und das Tempo wird noch beängstigender werden. Wissenschaft und Technik haben sich das fest vorgenommen. Sie beweisen uns täglich, daß sie es auch halten werden.

Nun wische niemand derartige Bemerkungen mit dem Hinweis zur Seite, nördlich der Grenze gehe es für uns doch um etwas ganz anderes. Um jene alten Werte, die zu bewahren sind, um die Existenz deutscher Kultur und deutscher Sitte. Ich bin davon überzeugt, daß der, durch jene eben angesprochenen gesellschaftspolitischen Wandlungsprozesse hervorgerufene Druck eines Tages so gravierend sein wird, daß allein daraus der Zwang zu Großräumigkeit, Kooperation und Umformung erwächst. Das heißt weder Aufgabe noch Verzicht, heißt auch nicht Nivellierung oder Resignation. Veränderung wird es heißen! Und die sollte keiner beklagen. Hat es in den Jahren seit 1920 hierzulande nicht schon Veränderungen gegeben, die doch eigentlich unvorstellbar sind. Die politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Verhältnisse sind doch nicht nur in Hamburg oder Kopenhagen oder in Heidelberg oder in Aarhus verändert. Unbestritten doch wohl auch in Lügumkloster und Schleswig, in Hoyer und in Kappeln.

An diesem Punkt der Betrachtung angekommen, stellt sich nun eigentlich ganz automatisch die Frage, wer wohl die Veränderungen am besten wird begreifen können. Die bisher erfolgten Veränderungen und jene, die täglich auf uns warten. Mit einfalllos gezogener Lebensaltersgrenze läßt sich die Antwort gewiß nicht geben. Zu bedenken ist ja auch, daß mancherlei Veränderungen von eben denen erreicht und durchgesetzt wurden, die auch zur Zeit noch amtieren und aktiv im

öffentlichen Leben wirken. Für mich kann ich die Antwort nur so formulieren: Notwendig werden alle Kräfte sein. Junge und alte Nordschleswiger. Der Auftrag der Volksgruppe wird gewiß noch lange Zeit bestehen. Die Formen der Arbeit aber und die Bemühungen um Mitglieder und Nahestehende, sie werden sich wandeln und manchen Ballast abwerfen müssen. Und damit das alles ohne Trotz und Mißtrauen, ohne Verzug und Verspätung abgehen kann, darf es nicht bei dieser Sankelmark-Diskussion zwischen jung und alt bleiben. Je intensiver hier versucht wird, weiterzukommen, um so besser dürfte das Ansteuern der Zukunft gelingen, denn wir gehen ja davon aus, daß die Volksgruppen eine Zukunft haben. Wenn heute vom deutsch-dänischen Grenzland als einem europäischen Modellfall gesprochen wird, dann sei daran erinnert, daß die bisher erreichte Befriedung nur gelungen ist, weil vernünftige Kräfte auf beiden Seiten sie wollten. Und da gehörten Elan und klare Sprache und Zähigkeit ebenso dazu wie Geduld, Nachsicht und ein sehr feines Einfühlungsvermögen. Was gilt es an den Grenzen der europäischen Länder da noch alles nachzuholen.

Das Osterseminar der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen auf dem Knivsberg kann berechtigt als Beweis dafür angeführt werden, daß sich sehr wohl auch heute noch junge Menschen für die Problematik von Minoritäten zu engagieren bereit sind. Mit kurzlebigen Tageserfolgen ist niemand gedient. Richte man die Arbeit also auf ein weitgestecktes Ziel aus. Es lohnt sich, darüber dürfte kein Zweifel bestehen. Daß junge Menschen heutzutage aber kritischer und skeptischer nach eben diesem Ziele fragen, das sollte nicht gescholten werden. Die deutsche Minderheit im Königreich Dänemark wird sich verändern. Für die dänische in der Bundesrepublik Deutschland gilt das gleichermaßen. Und ich wage die Voraussage, daß sich beide in den kommenden zwei Jahrzehnten mehr verändern werden als in den vergangenen 50 Jahren seit der Abstimmung. Diese Veränderungen werden zu einem Teil von außen erzwungen, zum anderen Teil sich aber von innen her ergeben. Sie sinnvoll zu kanalisieren, das ist die Aufgabe. Und für diese Aufgabe lohnt sich das Engagement.

JUGEND VOR HUNDERT JAHREN

Malwida von Meysenbug erzählt in den „Memoiren einer Idealistin“, wie sie heimlich den Beratungen in der Paulskirche beigewohnt hat und nun zu ihrer Mutter nach Detmold reisen muß:

Während der Reise hatte ich noch ein paar frohe Augenblicke. Unser Eisenbahnzug war

außerordentlich lang. Es befanden sich darin eine Masse Freiwilliger, die nach Schleswig-Holstein gingen, um sich dort für die deutsche Nationalität zu schlagen. Die Waggonen waren mit Fahnen und Blumen geschmückt. Auf jeder Station glitt ich aus dem Wagen, um diese frische, begeisterte Jugend zu betrachten. Ich beneidete sie um die Freiheit, ihren Teil Gefahr an dem allgemeinen Werke nehmen zu können, während ich nicht einmal von meinen Sympathien sprechen durfte und dahin gehen mußte, wo nichts zu tun war. Auf einer der Stationen sah ich einige Polen, die in ihre Heimat eilten, da sie dort auf eine Erhebung hofften. Die jungen Freiwilligen sprachen ihnen in heiteren Worten Mut ein und sagten: „Wenn wir da unten (in Schleswig-Holstein) fertig sind, kommen wir, euch zu helfen.“ Die Jugend in ihrer großmütigen Begeisterung kannte den Zweifel nicht am Gelingen der Revolution und am Siege der Freiheit. Sie kannte noch die kleinlichen nationalen Eifersüchteleien nicht, die sich nur allzubald entwickelten und ebensowohl von den Demokraten als von den Reaktionären genährt wurden und die einen bekannten Demokraten sagen ließen: „Wenn der Haß zwischen Slawen und Deutschen noch nicht existierte, so müßte man ihn schaffen.“ Traurige Worte, deren Resultate nur den Tyrannen zugute kamen!

In ihrem großmütigen Eifer fanden die jungen Leute es sehr natürlich, den Deutschen zu helfen, Deutsche zu sein, und den Polen zu helfen, Polen zu sein. Gewiß hätte keiner von ihnen angestanden, den Polen denjenigen Teil ihres Landes wieder herauszugeben, den Deutschland nach jener grausamen Teilung unrechtmäßig besaß. Wie mein Herz diesen großmütigen Worten Beifall zollte!

Pastor Schmidt-Wodder in heutiger Sicht

Nur wenige Monate, bevor sich die Volksabstimmung in den beiden schleswigschen Zonen zum fünfzigsten Male jährt, wird der Blick auf den Mann gelenkt, der in der Zeit, als unsere Heimat nach dem verlorenen ersten Weltkrieg in die große Abrechnung hineingeriet, mit im Mittelpunkt des Geschehens stand: auf Pastor Johannes Schmidt-Wodder. Er konnte die erste Zone, das heutige Nordschleswig, nicht für Deutschland retten, dafür waren die Nationalitätenbilanz und der Abstimmungsmodus zu ungünstig.

Nicht einmal für ein Verbleiben des südlichen Viertels Nordschleswigs, in dem die deutschen Stimmen überwogen, fand er Gehör. Um so eifriger verfolgte er gleich nach der Festlegung der neuen Grenze den Aufbau einer fest zusammengefügt deutschen Gemeinschaft im dänischen Staat. Schritt für Schritt erreichte er diese Selbstbestimmung im Rahmen der dänischen Verfassung. Das ist sein historisches Verdienst, das einen Rückblick auf sein Leben aus Anlaß seines hundertsten Geburtstages rechtfertigt.

Der Verf.

Johannes Schmidt entstammt einem Bauerngeschlecht, das in Hostrup bei Hadersleben ansässig war. Wie aus Jütland immer Einwanderer nach Nordschleswig gekommen sind, die von der Eigenart dieses Landes geprägt wurden, so erging es auch Hans Nielsen, dem Urgroßvater Johannes Schmidts, der von der jütischen Heide südwärts wanderte und durch Einheirat in Hostrup einen Hof erwarb, dessen Inhaber in Erinnerung daran, daß hier einst neben dem Pflug der Amboß stand, den Beinamen „Schmidt“ führten.

Die Familie Schmidt-Wodders

Niels Schmidt, der Vater Schmidt-Wodders, war der erste der Familie, der, obwohl er zunächst noch den Pflug führte, zu studieren beschloß. Er war kurze Zeit in Süderdithmarschen als Pastor tätig und wurde schon 1864 als deutscher Seminardirektor nach Tondern berufen. Hier ist Johannes Schmidt am 9. Juni 1869 geboren. Es ist bezeichnend für den selbständigen Charakter Niels Schmidts, daß er bei der ersten Revision, als Bedenken gegen den freiheitlichen Geist der Anstalt erhoben wurden, in Gegenwart der Seminaristen erklärte: „Meine Schüler sind Männer, die man nicht gängeln sollte, und auch ich möchte durch die Vorschriften der Regierung nicht eingeengt werden.“ Die Folge war, daß Niels Schmidt die Direktorenwohnung in Tondern mit dem Pastorat in Schwenstrup auf

Alsen vertauschte, wo sein Sohn Johannes in einem großen Geschwisterkreis seine Jugend verlebte. Er bekannte: „Alsen habe ich mit stiller, heißer Liebe geliebt. Jeder Ferienschuß, wenn ich wieder nach Hadersleben aufs Gymnasium mußte, war schmerzlich. Erst als Student wurde ich frei vom Heimweh.“

Studium in Greifswald, Leipzig und Kiel

Er studierte Theologie in Leipzig, Greifswald und Kiel. Im vierten Semester war er Vorsitzender des Greifswalder „Vereins Deutscher Studenten“. Diese Verbindung hat seine Entwicklung stark beeinflußt, und man wird den späteren Politiker nur verstehen, wenn man bedenkt, daß es in dem Gründungsaufwurf seiner Verbindung (1881) hieß: „Es gilt einzutreten für deutsche Art und Sitte, deutsche Treue und deutschen Glauben. Gewaltige Aufgaben sind der deutschen Jugend gestellt. Auf ihr beruht die Zukunft des Vaterlandes.“

Erste politische Schritte in Wodder

Im Herbst 1896 kam Schmidt als Pastor in den kleinen Ort Wodder im Nordwesten Nordschleswigs, der ihn als Beiname durchs ganze Leben begleiten sollte. Die Arbeit in einer fast rein dänischen Gemeinde führte ihn gleich in die schwierige Problematik des Grenzlandes ein. Hier bildete sich seine Grundforderung aus, deren Verfechtung ihm immer zur Ehre gereichen wird: die Anerkennung des Lebensrechts eines fremden Volkstums durch den Herbergsstaat. Für dieses Recht stritt er im „Pastorenverein“ (1907) und in dem von ihm 1909 ins Leben gerufenen „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“. Es war eine seiner großen Stunden, als er der herrschenden Anschauung entgegentrat, die meinte, man könne durch Polizeimaßnahmen die Gesinnung beeinflussen und dadurch Ruhe im Grenzland schaffen, daß man die Minderheit unter Druck setzte und ihre Tätigkeit einengte. Zugleich forderte er „positive deutsche Kulturarbeit“. Dazu hatte er sich schon bekannt, als er sich im Jahre 1906 gemeinsam mit Landrat Rogge, Propst Kier und Amtsvorsteher Johannsen, dem Vater Hans Peter Johannsens, an der Gründung der Heimvolkshochschule in Tingleff beteiligte.

Die Abstimmungszeit 1919/20

1919 verlegte Schmidt-Wodder seinen Wohnsitz nach Tondern, entschlossen, in dieser dunklen Stunde zu retten, was zu retten war. Gemäß seinem Grundsatz, daß die Grenze erst *nach* der Abstimmung gezogen werden dürfe, trat er dem vom Deutschen Ausschuß propagierten Stimmstreik entgegen. Auf beiden Seiten der Grenze, so erklärte er, müsse es gleichgroße Minderheiten geben. Nur so könne es zu einem dauerhaften Frieden zwischen den beiden Nachbarvölkern kommen. Die Grenzziehung erfolgte ohne deutsche Mitwirkung, aber das Bekenntnis der 25 000 deutschen Nordschleswiger am 10. Februar 1920 bildete die Grundlage, auf

der Schmidt-Wodder die deutsche Volksgruppe aufbauen konnte. Hatte er während der Abstimmungszeit die Dinge in Nordschleswig noch nicht ganz in seinen Händen — das Hauptinteresse galt ja auf deutscher Seite auch der zweiten Zone —, so war es nach der Eingliederung Nordschlewigs in den dänischen Staatsverband klar, daß ihm unumstritten die Führung zufallen würde.

Aufbau der deutschen Volksgruppe

Seine zweite große Stunde brach an, als es galt, 1920 aus dem Nichts heraus das Haus zu bauen, in dem sich die deutschen Nordschleswiger sicher und „zu Hause“ fühlen konnten. Dabei half ihm sein Bund mit der Jugend. Eine Anzahl junger Menschen, Männer und Frauen, die er „freie Kräfte“ nannte, halfen ihm beim Aufbau der drei Säulen, die den Grundstock der Volksgruppen-Organisation bildeten. Jeder hatte einen großen Bezirk, den er — meistens auf dem Fahrrad — bereiste, hier eine Wanderschule gründend, dort einen Wählerverein ins Leben rufend, an anderer Stelle die Jugend im Jugendbund sammelnd. Unregelmäßig und gering bezahlt, taten diese Jungen in all den Aufbaujahren ihren Dienst, über den sie regelmäßig in oft langen Ausführungen Pastor Schmidt Bericht erstatteten. Es waren oft Menschen, in denen der idealistische Schwung der Wandervogelbewegung nachwirkte. „Dieser Kreis“, gestand Pastor Schmidt einmal rückschauend, „war für mich die wirksamste Hilfe zur Mobilmachung der Menschen und Geister in Nordschleswig.“ Die wirtschaftlichen Sorgen rissen in diesen ersten Jahren, wo für die Arbeit nur Miniaturbeträge zur Verfügung standen, nicht ab.

Schmidt-Wodder hatte zunächst die Leitung der drei Hauptorganisationen, des „Schleswigschen Wählervereins“, des „Schulvereins“ und des „Jugendverbandes“, in seiner Person vereinigt. Den Schulverein übernahm bald Rektor Koopmann und den Jugendverband Fr. Christensen, aber die Leitung des Wählervereins behielt er bis 1934. Als Zentralorgan der deutschen Arbeit schuf er die „Gesamtverbände“, die regelmäßig — wie auch die Einzelverbände — zusammentraten. Seinen Bund mit der Jugend hielt er dadurch aufrecht, daß er in jedem Jahr zur Fastnacht zu einer dreitägigen Zusammenkunft einlud. In dieser Zeit bildeten etwa 150 junge Menschen beiderlei Geschlechts in den Räumen der Tingleffer Volkshochschule, um die Vorträge Pastor Schmidts geschart, eine harmonische Hausgemeinschaft.

Als Abgeordneter im Folketing

Es war selbstverständlich, daß nur Pastor Schmidt der Spitzenkandidat sein konnte, als die deutschen Nordschleswiger im September 1920 zum ersten Mal zur Wahl gingen, um einen Vertreter für das Folketing zu wählen.

Der Gang nach Kopenhagen wird ihm nicht leicht gefallen sein, denn in Nordschleswig wartete noch ein Riesenmaß von Aufgaben, und die Freude, die

die dänischgesinnten Abgeordneten bei all den festlichen Empfängen empfanden, konnte er nicht teilen. Zum ersten Mal sprach ein Deutscher in dem prachtvollen Schloß Christiansborg. Offen bekannte er gleich, daß er gegen seinen Willen dänischer Staatsbürger geworden sei, und nannte drei Hauptforderungen: Achtung vor dem deutschen Volk und deutscher Kultur, volle kulturelle Freiheit und für die Zukunft Revision der Grenze. Dieser Dreiklang kam auch in den folgenden Jahren immer wieder zum Ausdruck, wenn er das Rednerpult im Folketing betrat. Dazu traten bald Forderungen wirtschaftlicher Natur, denn die Übergangszeit, der Sprung von der Mark zur Krone, brachte mehr deutsche als dänische Menschen in Schwierigkeiten. Viele mußten ihren Besitz verkaufen, weil die Schuldenlast zu groß war, und wenn vom Staat aus gesiedelt wurde, dann fand das deutsche Element nicht die Berücksichtigung, die Schmidt-Wodder als Freund der bäuerlichen Siedlung für erforderlich hielt. Daß er in der Welt der Wirtschaft nicht so erfahren war wie in der politischen, wer wollte ihm das verübeln? Er war nicht immer der Mann harter Realitäten. Er hat die Folgen mehr als einmal spüren müssen.

Einsatz für die europäischen Minderheiten

Den dritten großen Einsatz leistete er als eine der Vordergrundfiguren bei den Gesamttagen der europäischen Minderheiten, die in den zwanziger Jahren regelmäßig abgehalten wurden. Die verschiedenen *deutschen* Minderheiten hatten sich zu dem „Verband deutscher Volksgruppen in Europa“ zusammengeschlossen, während alle *europäischen* Minderheiten einen „Nationalitätenkongreß“ bildeten, der sich anfangs in Genf versammelte. Hier fanden sich Deutsche, Slawen, Ungarn, Katalanen, Skandinavier und Bretonen zu einer Interessengemeinschaft zusammen, um gemeinsame Rechtsgrundsätze zu erarbeiten. Als Mitherausgeber der Zeitschrift „Nation und Staat“ hat Schmidt-Wodder viel dazu beigetragen, das neue Volksgruppenrecht zu finden.

Schmidt-Wodder war viel auf Reisen. Selten versäumte er die großen VDA- und Schutzbundtagungen, oder er sprach bei den Buten-Schleswig-Holsteinern, bei den Studenten oder in großen Versammlungen in Berlin, Hamburg, Kiel, Rendsburg und Flensburg. Seine Reden wurden von der dänischen Presse sorgfältig registriert, wobei zuweilen — unberechtigt — festgestellt wurde, der Ton seiner Reden sei im Süden anders als im Norden. Er zeige wie der römische Gott Janus ein Doppelantlitz.

Sein Rücktritt als Volksgruppenleiter

Als der Nationalsozialismus im Jahr 1933 auch in Nordschleswig Fuß faßte, versuchte Schmidt-Wodder zunächst seinen Grundsatz durchzusetzen, daß die deutschen Nordschleswiger ihre Entschlüsse in eigener Verantwortung zu treffen

hätten. Aber die Verhältnisse waren stärker als er. Allmählich entglitt ihm die Führung, wenn er auch noch bis 1939 im Folketing saß. Sein Rücktritt aus der Führung vollzog sich langsam, ohne daß ein gewaltsamer Bruch das Vertrauensverhältnis erschüttert hätte. Aber Schmidt-Wodder sah in Nordschleswig plötzlich neue Männer um sich, mit denen er bisher keine Fühlung gehabt hatte, und auch in Schleswig-Holstein waren Männer an die Macht gekommen, die ihm fernstanden.

Im Dunkel der Nachkriegsjahre

Als im Mai 1945 zahlreiche deutsche Nordschleswiger interniert wurden, warnte er die dänische Regierung, keine übereilten und verhängnisvollen Schritte zu tun. Später unterschrieb er auch eine Denkschrift Hans Schmidt-Gorsblocks an den dänischen Reichstag, in der betont wurde, daß sich die Leitung der Minderheit auch in der Zeit der Besetzung bemüht hätte, den dänischen Interessen nicht zu nahe zu treten.

Schon im Herbst des Jahres 1945 arbeitete Schmidt-Wodder mit an der Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger, die einen Neuanfang ermöglichen sollte. Sein Vorschlag lautete damals: die Bindung an den dänischen Staat und an seinen König ist in voller Loyalität zu bejahen, wir erkennen sie als sittliche Verpflichtung an und wollen sie pflegen auf dem Boden einer demokratischen Staatsverfassung. Oft betonte er bei diesen Verhandlungen, daß seine Landsleute keinen Anteil hätten an dem, was dem Dritten Reich zum Vorwurf gemacht werde. Sie hätten vielmehr die Hand über viele ihrer dänischen Nachbarn gehalten.

Am 15. Februar 1946 geschah das, was kaum einer für möglich gehalten hatte: der nunmehr sechundsiebzigjährige ehemalige Abgeordnete wurde verhaftet und in das Sonderburger Gefängnis gebracht. Ihm wurden Briefe zur Last gelegt, in denen er deutsch-dänische Verhandlungen über die Grenzfrage angeregt haben sollte. Dabei hatte er seit 1920 ganz offen, sogar beim ersten Besuch des dänischen Königs in Tondern, eine neue Entscheidung gefordert. Von vielen Seiten wurde gegen die Verhaftung protestiert, und am 7. März wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt, aber er erhielt in Petersholm bei Törsbüll, wo er seit 1939 seinen Lebensabend verbrachte, eine Zeitlang Hausarrest und Postzensur verordnet.

Ende und Urteil der Nachwelt

Dankbar sahen die deutschen Nordschleswiger in ihm den verdienten Senior ihrer Volksgruppe, bis er in der Nacht zum 13. November 1939 in Petersholm für immer die Augen schloß. Seine Kräfte hatten in der letzten Zeit nachgelassen, obgleich alle, die ihn an seinem neunzigsten Geburtstag sahen, von seiner geistigen

Frische überrascht waren. „Er war unser Wegbereiter, als wir vor die Aufgabe gestellt waren, uns als eine deutsche Gemeinschaft außerhalb der Reichsgrenzen zusammenzufinden“, erklärte der Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger an seiner Bahre, und Morten Kamphövener urteilte als Däne: „In den Jahren, da er im Folketing saß, genoß er wegen seines noblen, freundlichen Auftretens viel Respekt... Die Impulse für seine Friedenspolitik hat er sicher in seiner Gemeinde Wodder erhalten.“ Wer ihn kannte, konnte immer wieder feststellen, daß hinter dem Politiker ein schlichter, gütiger, hilfsbereiter Mensch stand.

„Es schwankt sein Bild in der Geschichte...“ – Eine Kontroverse um A. Paul Weber

JAN S. KUNSTREICH

Ein Wort noch zu A. Paul Weber

Durch die in den Grenzfriedensheften ausgelöste Diskussion über Kunst und Künstler in Schleswig-Holstein bin ich zu den beiden letzten Nummern Ihrer Zeitschrift gekommen, deren Existenz mir bisher verborgen geblieben war. Die Lektüre der Hefte hat mich von Ihrem objektiven Ernst überzeugt, vorurteilslos und unparteiisch der Wahrheitsfindung zu dienen. Deshalb bin ich auch sicher, daß Sie Platz für eine kleine Korrektur an dem von Ihnen etwas einseitig vermittelten Lebensbild A. Paul Webers haben.

„...da geistert das Symbol einer versinkenden Welt, der Geier der Plutokratie, über senilen Lords und fetten Börsenschiebern...“

Hans Schweitzer-Mjöltnir, Reichsbeauftragter für künstlerische Formgebung am 29. März 1941 über „Die Pressezeichnung im Kriege“.

1944, im Sommersemester, war mir als „Wehrdienstbeschädigtem“ eine zivile Pause als Student vergönnt; damals hatte ich im zeitungswissenschaftlichen Seminar bei Professor d'Ester in München ein Referat über „Die deutsche Karikatur der Gegenwart“ zu liefern. Obwohl ich gestehen muß, daß der Text streckenweise spürbar systemkonform abgefaßt ist, enthält er doch auch genügend kritische Einwürfe, so daß ich ihn auch heute noch vorzeigen könnte, ohne dabei röter zu werden, als ich es schon bin.

Aus diesem damaligen Studium ist mir das propagandistische Engagement mancher noch heute geschätzter Zeichner – darunter Hicks, Gerhard Brinkmann (G.Bri), Manfred Schmidt und vor allem H. E. Köhler (damals: Erik) – noch recht handfest gegenwärtig. So bin ich mir auch durchaus noch bewußt, welch pronazistische Wirkung – gewollt oder nicht – von A. Paul Webers Veröffentlichungen im Kriege tatsächlich ausgegangen ist. Von seinen heute gern hervorgekehrten Arbeiten gegen Hitler aus der Zeit bis 1933 war uns Jüngeren damals allerdings so wenig bekannt, wie heute von seinen späteren Arbeiten für Hitler keine Rede mehr ist.

Es ist aber ein Akt unzulässiger „Verdrängungshilfe“, wenn ein Vierteljahrhundert danach in einer Zeitschrift wie den „Grenzfriedensheften“, deren Programm doch politische Ehrlichkeit und Aufgeschlossenheit sein soll, noch immer so getan wird,

als habe A. Paul Weber im Kriege nicht wirklich, und zwar laut und vernehmlich, „mit den Wölfen geheult“.

Das von Günther Lapp in Heft 4/1968 so hervorgehobene Blatt „Das Gerücht“ liegt mir in einer frühen Fassung vor als Ausschnitt aus dem „Simplizissimus“, mit dem Zusatz „La vociferatione“ als Datierungsanhalt: veröffentlicht vor dem Ausscheren Italiens im Sommer 1943. Webers Dämonisierung des Gerüchts hatte damals keinen anderen als den eindeutigen Sinn und Zweck, Goebbels bei seiner Verketzerung der sogenannten „Feind- und Flüsterpropaganda“ nach Kräften zu unterstützen. „Der Traktor“ aus der Bildreihe „Leviathan“, der als gigantisches Zerrbild sowjetischer Technik russische Bauernhäuser zermalmt, appellierte 1943 in der populären „Berliner Illustrierten“ an die hinterwäldlerischen Blut-und-Boden-Instinkte; dies Traktor-Blatt stellte sich willig in den Dienst antibolschewistischer Durchhalteparolen. Ebenfalls noch 1943 verbreitete der Nibelungen-Verlag in Berlin eine Volksausgabe der „Britischen Bilder“ von 1941, die ein einziger geifernder Haßgesang auf das „perfide Albion“ sind und die zugleich Rechtfertigung und Ablenkung von aktuellen Nazimethoden bedeuteten. Das sind Beispiele aus dem Stegreif.

So harmlos war das alles nicht, wie es jetzt Günther Lapp hinstellen möchte, wenn er schreibt, A. Paul Weber habe seit der Mitte der dreißiger Jahre lediglich „auf eine reiche und durchaus allgemeinverständliche Symbolsprache zurückgegriffen“. Ja, wenn es nur bei Märchenfiguren und Eulenspiegelereien geblieben wäre; so wie sich Erich Kästner – ebenfalls ein Kopf, der es damals nötig hatte, sich aus der Schlinge zu ziehen – mit harmlos humoristischen Romanen über Wasser hielt.

Wer heute meint, A. Paul Weber sei würdig, daß man ausführlich über ihn und sein Werk schreibt, der muß auch den Mut haben, deutlich zu sagen, in welchem Maße Weber sein zeichnerisches und polemisches Talent an die Nazis verkaufte und in den Dienst der Völkerverhetzung gestellt hat. Und sollte Weber, die Pistole buchstäblich im Nacken, dazu gezwungen worden sein – was ich nicht weiß –, dann sollten seine Freunde das heute, ihm zuliebe, erst recht sagen.

Nicht Beschönigung und Verdrängung helfen, die leidige Vergangenheit zur Ruhe kommen zu lassen. Nur vorbehaltloses Bekenntnis zu einem Versagen unter Hitlers Despotie kann menschliche Würde wiederherstellen. Liebedienerei und Opportunismus entwürdigten gestern den Künstler und entwürdigten heute seine Schmeichler.

Blendend und empörend zugleich ...

„Ich habe nichts zurückzunehmen, ich kann aber auch niemanden daran hindern, meine Bilder so aufzufassen, wie er es für richtig hält.“ A. Paul Weber

Seine scharfe und polemische Kritik leitet der Verfasser obenstehender Zuschrift im Grunde genommen nur aus der Tatsache her, daß er im Sommersemester 1944 keine Kenntnis von den Arbeiten A. Paul Webers gegen Hitler erhielt. Er läßt uns jedoch wissen, daß er damals schon eine „genügend kritische“ Einstellung hatte. Da wäre es doch seine Sache gewesen, sich für seine Arbeit über „Die deutsche Karikatur der Gegenwart“ auch die von A. Paul Weber illustrierte Schrift Ernst Niekisch's „Hitler, ein deutsches Verhängnis“ (1932) zu beschaffen! Die Zeichnungen A. Paul Webers zu dieser Schrift hatten auch durch die von Ernst Niekisch und A. Paul Weber gemeinsam herausgegebene Zeitschrift „Widerstand“ eine hinlängliche Verbreitung gefunden. Verschaffte sich der Student diese Information über sein ureigenstes Fachgebiet nicht, dann dürfte seine ihn selbst eigenartigerweise mit Genugtuung erfüllende Unkenntnis nicht zu A. Paul Webers, sondern zu seinen eigenen Lasten gehen. Ärgerlich wird die Sache in dem Augenblick, in dem er, statt still zu bedenken, was er damals verdrängte, seine Schuld nicht bei sich selbst, sondern bei einer Persönlichkeit sucht, die sich damals eben nicht auf sogenannte „genügend kritische Einwürfe“ beschränkte, sondern die sich selbst bis zur Hinnahme eigener Inhaftierung einsetzte, um klar und vernehmlich die Wahrheit zu sagen.

In der Zuschrift wird Anstoß genommen an den 1939 veröffentlichten „Britischen Bildern“ A. Paul Webers. Wer indessen zu sehen bereit war, der wurde damals durch diese Bilder nicht ab-, sondern hingelenkt auf die eigene Gegenwart. Zudem haben Webers Visionen über das bevorstehende Ende des Kolonialismus sich beinahe genau so erfüllt wie das „Deutsche Verhängnis“, jene im Grenzfriedensheft Nr. 4/1968 noch einmal wiedergegebene Zeichnung eines tief in der Erde stehenden Sarges, in den sich ein die Fahnen und Standarten jener Zeit schwingendes Kollektiv stürzt.

Anstoß genommen wird weiter an der bekannten Lithographie „Das Gerücht“, der Darstellung eines wurmartigen Fabelwesens mit großen Augen, langen Ohren und spitzer Zunge, das an hohen Fensterfronten vorbeifliegt und dabei in äußerst lebendige Beziehung tritt zu den Lemuren, die hier hausen. Es ist des Verfassers der Zuschrift höchstpersönliche Sache, dieses Blatt auch heute noch so aufzufassen, wie er es im Sommersemester 1944 als „streckenweise spürbar systemkonformer“ Student nicht besser verstand. Wenn er jedoch mit dieser Erkenntnis vor die Öffentlichkeit tritt, dann muß er sich sagen lassen, daß seine

von irgendeinem Reichsbeauftragten inspirierte Auffassung nicht zutrifft und daß die Wirkung dieses Blattes auf alle diejenigen eine andere ist, denen das Vergnügen eines zeitungswissenschaftlichen Studiums im Jahre 1944 versagt blieb; und er muß sich schließlich auch sagen lassen, daß man sehr wohl die Haltung eines Menschen während des Krieges erörtern kann, aber nicht leichtfertig polemisch, weil leichtfertige Polemik eben die menschliche Würde mit Füßen tritt, für deren Wiederherstellung der Verfasser des „Wortes zu A. Paul Weber“ einzutreten vorgibt.

Nachwort der Redaktion: Die Grenzfriedenshefte sind keine Kunstzeitschrift. Anlaß, unsere Leser mit A. Paul Weber und seinen Beziehungen zu Nordschleswig bekanntzumachen, waren eine Ausstellung seiner Werke in der Deutschen Bücherei in Apenrade und sein 75. Geburtstag. Wir sahen keinen Anlaß, über den zeitkritischen Maler und Zeichner A. Paul Weber ein Scherbengericht zu veranstalten, da wir das Dritte Reich mit seiner geistigen Wirrnis und seinem Gewissenszwang selbst erlebt haben. Der Verfasser der kritischen Stellungnahme, Jan S. Kunstreich, hat aber an uns als unabhängige und um Objektivität bemühte Zeitschrift appelliert, und wir glauben darum, ihm und Günter Lapp, dem Verfasser des beanstandeten Aufsatzes, das Wort geben zu sollen.

Die Mitgliederversammlung 1969 des Grenzfriedensbundes

Die diesjährige Mitgliederversammlung fand in traditionellem Rahmen im Handwerkervereinshaus in Husum statt und hatte einen stärkeren Besuch aufzuweisen als alle anderen zuvor. Außer den aus dem ganzen Landesteil Schleswig erschienenen Mitgliedern bezeugten die zahlreich erschienenen Gäste das starke Interesse, das den Bestrebungen des Grenzfriedensbundes entgegengebracht wird. Nach Erstattung des Geschäfts- und des Kassenberichts (s. auch S. 72) und einstimmiger Entlastung des Vorstandes hielt Chefredakteur Ernst Siegfried Hansen, Kopenhagen, seinen mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema „Im Spannungsfeld zwischen Ostsee und Nordkap“. Nach dem gemeinsamen Mittagessen, das auch Gelegenheit zu ernstem und heiterem Gespräch bot, schloß die diesjährige Mitgliederversammlung mit einem Lichtbildervortrag von Oberstudienrat Dr. Bendixen, Flensburg, über „Die Küste Nordfrieslands im Wandel der Zeiten“.

Aus dem Jahresbericht, den als 1. Vorsitzender Dr. Johannsen gab, sei folgendes mitgeteilt:

Mitgliederbewegung: Wir können erfreulicherweise trotz der durch Tod, Fortzug und Abmeldung bedingten Abnahme immer noch von einem Anwachsen unserer

Mitgliederzahl sprechen. Mit 1340 Mitgliedern erreichten wir 1968 den höchsten Stand in der Geschichte unserer Organisation. Ich meine aber, daß wir damit nicht zufrieden sein dürfen, es muß nach wie vor unser Ziel sein, die Zahl unserer Einzelmitglieder zu erhöhen. Ich meine auch, daß Fortzug und vorgerücktes Alter keine Gründe sein sollten, das Interesse von uns abzuwenden. Ich bin der Meinung, eine Vereinigung wie die unsrige muß aus ganz bestimmten Gründen, die sich aus der Geschichte unserer Heimat und ihrer gegenwärtigen Aufgabenstellung ergeben, auf einen beachtlichen Mitgliederstand hinweisen können. Nicht so sehr wegen der Mitgliedsbeiträge, sondern wegen der durch die Mitgliedschaft gegebenen inneren Zustimmung zu unserer Arbeit. Ich glaube zwar nicht, daß wir versuchen sollten, eine Massenorganisation zu werden, das würde einen Verwaltungsapparat voraussetzen, den wir weder erstellen können noch wollen. Aber ich glaube, daß einiges noch zu tun wäre. Ich wiederhole meine Bitte, daß jedes Mitglied in jedem Jahr ein neues hinzuwirbt.

Sozialbetreuungsarbeit: Seit Beginn unserer Arbeit wurden jährlich über 70 Prozent unserer Mittel für soziale Zwecke ausgegeben. An dieser Stelle kann nur immer wieder der Dank an alle jenen Freunde und Mitarbeiter in den Schulen des Landes, in der Arbeiterwohlfahrt und in anderen Kreisen ausgesprochen werden, ohne deren Hilfe, Umsicht und Liebe zu Mensch und Sache wir niemals die rechte Verteilung der Mittel vornehmen könnten. Ob wir minderbemittelten Kindern Fahrten in die engere oder weitere Heimat ermöglichen, ob wir alten Menschen ein wenig Freude machen konnten, in allen Fällen ist unsere Hilfe gedacht als ein Beitrag für ein gesundes Zusammenleben in der Gemeinschaft der Menschen im Grenzlande. Insbesondere sehen wir unsere Aufgabe darin, in solchen Fällen Not zu lindern, in denen der Buchstabe des Gesetzes den dafür zuständigen Organen der Gemeinden und des Staates ein aktives Eingreifen erschwert. Ich möchte aber auch – und das ist nicht als Widerspruch zu verstehen – darauf hinweisen, daß wir über den Umfang, den Charakter und die Bedeutung unserer Sozialarbeit uns laufend Gedanken zu machen und immer wieder die Frage vorzulegen haben, wie wir die Akzente unserer Arbeit in Zukunft setzen müssen. Denn 1970 ist nicht 1950. Es ist durchaus denkbar, daß sich unsere Aufgaben sinnvollerweise von der Sozialarbeit etwas stärker als bisher auf andere, verwandte Aufgaben verlagern.

Kultur- und Kontaktarbeit: Hierzu darf ich mich bezüglich der Grenzfriedenshefte darauf beschränken zu sagen: Wir können mit Befriedigung feststellen, daß sie nach 16 Jahren nicht nur ihre innere Form gefunden haben, sondern daß sie sich in der öffentlichen Debatte einen beachteten Platz erwarben. Das wichtigste Ereignis des vergangenen Jahres auf dem Gebiete unserer Kulturarbeit war das Erscheinen der ersten drei Bände der d+d-Taschenbücher.

Wir haben über unsere Absichten in dieser Beziehung im vorigen Jahr berichtet. Wir sind in der glücklichen Lage, heute festzustellen, daß unsere Absichten

erkannt und bejaht worden sind. In diesem Herbst werden die Bände 4 und 5 erscheinen. Nr. 4 wird eine politische Analyse des deutsch-dänischen Verhältnisses bringen. Verfasser werden sein Innenminister Dr. Schlegelberger und von dänischer Seite Oberstudiendirektor Hoffmeyer, Grenå. Der 5. Band wird literarische Themen behandeln, für die ich verantwortlich zeichnen werde. Die Reihe ist auf 7 bis 8 Bände angelegt und wird wichtiges Informationsmaterial enthalten. Sie wird aber vor allem als Versuch betrachtet werden müssen, aus Verantwortung vor der Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft meinungsbildend in die Debatte einzugreifen.

Hugo Hellwig 80 Jahre

Am 5. Juli kann unser Mitglied Hugo Hellwig seinen 80. Geburtstag feiern. Als Sohn eines Mitbegründers der Flensburger Sozialdemokratie und gelernter Maler kam er schon in seiner Jugendzeit mit der Politik in engste Berührung, die dann weitgehend seinen Lebensweg bestimmt hat. 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats, wurde er später Redakteur an der Flensburger Volks-Zeitung, bis die Nationalsozialisten an die Macht kamen. Während der Abstimmungszeit 1919–20 für den Verbleib des umstrittenen Gebietes bei Deutschland eintretend, schloß er sich nach der nationalen Aufspaltung der Flensburger SPD im Jahre 1946 (Schumacher-Rede in Husum) mit dem Großteil der Mitglieder dem nach Norden tendierenden Flügel, der Sozialdemokratische Partei Flensburg, an, die er als Stadtrat und Kulturdezernent bis zur Wiedervereinigung der beiden nationalen Flügel im Jahre 1954 in der Ratsversammlung vertrat. Heute gehört er über sechzig Jahre der SPD an, deren Schicksal im Guten wie im Bösen durch die Jahrzehnte hindurch auch das seine bestimmte hat.